

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

144 (24.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Abzugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 29 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M monatlich. — Einzelnummern 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Restamezelle 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Noch keine Verständigung in der Brotfrage

Berlin, 23. Juni. Die Einigungsverhandlungen unter den Koalitionsparteien des Reichstages über die Frage der Getreideumlage wurden heute bis in die Abendstunden fortgesetzt. Aber während am Nachmittag die Beratungen schon so weit gediehen zu sein schienen, daß man glaubte, von einer Lösung des Problems innerhalb der genannten Parteien sprechen zu können, mußten schließlich wieder Erwarten die Verhandlungen abgebrochen werden, ohne daß eine endgültige Lösung gefunden war. Das weitere wird nunmehr von den Beratungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses abhängen, die am Samstag vormittag fortgesetzt werden.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses wurde der Antrag der Rechten auf Einführung der freien Wirtschaft abgelehnt. Ebenso ein Antrag der Sozialdemokraten und ein Antrag Dr. Heim auf Erhöhung der Umlage und schließlich auch die Regierungsvorlage. Dabei haben sich die Mitglieder des Zentrum und der Demokraten der Stimmgabe enthalten. Hierauf erklärte der Abg. Köppler (Soz.), wenn die beiden Regierungsparteien (Zentrum und Demokraten) sich nicht an der Abstimmung beteiligten, wären weitere Beratungen zwecklos. Abg. Guérard (Str.) erklärte, daß die Preisfrage und Lieferung so eng zusammenhängen, daß vor der endgültigen Abstimmung hierüber Klarheit bestehen müsse. Darauf wurde die Sitzung abgebrochen, um für die Verhandlungen mit den Regierungsparteien Zeit zu gewinnen.

Die durch die Abschaffung der Getreideumlage im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages gescheiterte Lage wird, wie die „Berliner Tageblatt“ schreibt, im allgemeinen nicht als sehr kritisch betrachtet. Wenn man auch durchaus nicht den Ernst der Lage verkümmert, so macht sich doch immer härter bemerkbar, daß unter dem Jargon der äußeren Lage alle beteiligten Parteien ernsthaft bemüht sind, eine Verständigung herbeizuführen. Wie das „Berliner Tageblatt“ weiter sagt, sei bei den gestern abgehaltenen Besprechungen innerhalb der Regierungsparteien ein Ausweg dadurch angedeutet worden, daß man die am meisten umstrittene Frage der Preisbestimmung überhaupt aus der Vorlage heraushebe und die Festsetzung des Preises nach Anordnung eines gewissen Sachverständigenausschusses erlassen wolle. Wie mehrere Mütter mitteilen, scheint es, als ob die Entscheidung dahin gehen werde, daß die landwirtschaftlichen Bestimmungen bis zu 10 Hektar völlig und bis zu 20 Hektar mit 5 Hektar von der Umlage frei bleiben sollen.

Demonstrationen gegen den Brotwucher

Berlin, 24. Juni. Gestern fand in Berlin eine Reihe von Demonstrationen gegen den Brotwucher statt. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der es heißt, daß von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erwartet werde, daß sie mit aller Energie gegen einen Abbau der Getreideumlage und für die Brotversorgung des Volkes zu einem erträglichen Preise einzutreten werde. Die Fraktion solle vor keiner ihr ausgesetzten Konsequenz zurückweichen.

Berlin, 24. Juni. Auf dem Augustplatz in Leipzig fand gestern die angekündigte gemeinsame Demonstration der drei sozialdemokratischen Parteien gegen die Reaktion statt. Die Delegierten des Gewerkschaftsverbandes nahmen geschloffen daran teil. Sämtliche Redner forderten unter Beifall zur Wachsamkeit gegen die Träger der Reaktion und zum Kampfe gegen den Wucher auf. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

Die Ernährungsfrage im preussischen Landtag

Berlin, 23. Juni. Im preussischen Landtag wurde heute eine Entschliessung angenommen, die verlangt, daß die Beschaffung von Futter ins Ausland mit allen Mitteln zu beschleunigen sei. Ein beschleunigter Antrag auf Aufhebung der Branntweinsteuer für das gesamte Getreide wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, wonach die weitere Lieferung von Roggen und Getreide an die Schnapsbrennereien solange unterbleiben soll, als diese Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße für Kinder, werdende Mütter und Kranke zur Verfügung stehen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach der minderbemittelten Bevölkerung die für Kinder und Kranke unentbehrliche Milch zu billigen Preisen zugeführt werden soll. Ebenso wurde einem Antrag zur Gebung der Milchergänzung zugestimmt und einem parteiübergreifenden Antrag der Landwirte im Verhältnis zu der erfolgten Getreideablieferung Kleie zu liefern.

Angekündigter Protest der Entente gegen den Reichstagspräsidenten

Paris, 23. Juni. (Gavas.) Die Völkervereinigung stellt gestern den Wortlaut einer Note fest, welche an die deutsche Regierung als Protest gegen die Rede des Reichstagspräsidenten Löbe auf eine Verbindung Oesterreichs mit Deutschland gerichtet werden soll.

Ueber die Meldung der „Agence Gavas“, daß die Völkervereinigung eine Note fertiggestellt habe, die an die deutsche Regierung als Protest gegen die Rede des Reichstagspräsidenten Löbe für eine Verbindung Oesterreichs mit Deutschland gerichtet werden soll, bringt die „N. B. A.“ folgende Erklärung: In allen meinen Reden habe ich hervorgehoben, daß ich den legalen Weg der Ausräumung des Balkens in Übereinstimmung mit den Verträgen von Versailles und St. Germain über den Anschlußgedanken empfehle. Ich denke nicht daran, zurückzuweichen, weil ich eine Sonderregierung Oesterreichs in keinem jeglichen territorialen Umfang für unmöglich halte und weil jede Tendenz meiner heutigen unmöglichen Lage bei dem abjektiv deutschen Charakter der Bevölkerung Oesterreichs nur an einem Anschluß

an Deutschland bestehen kann. Ich halte übrigens diese ganze Meldung für sehr unwahrscheinlich, weil ich der Völkervereinigung für eine Rede nicht verantwortlich bin und ihr eine Verantwortung über den Präsidenten des deutschen Reichstags nicht aufbürde.

Die Kohlenlieferungen an die Entente

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, ist eine Verständigung mit dem Garantiefomitee über die rückständigen Kohlenlieferungen nur unter Aufhebung erneuter schwerer Opfer in der Kohlenversorgung der deutschen Industrie möglich gewesen. Ferner ist noch nichts festgelegt.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt hierzu: „Es ist ein komplizierter Wahnsinn: Deutschland muß an die Entente mehr Kohle liefern, als diese zu verbrauchen und als es selbst zu erzeugen vermag — deshalb verkaufen die glücklichen Empfänger die deutsche Reparationskohle auf dem Weltmarkt, während Deutschland englische Kohlen in immer wachsendem Maße einführen muß! Monatlich haben wir 1,99 Millionen Tonnen abzugeben, aber im Mai haben wir schon 750 000 Tonnen englische Kohle eingeführt, und im Juni wird diese Einfuhr gar 1,20 Millionen Tonnen betragen. Dabei leidet die ganze deutsche Industrie unter schwerem Kohlenmangel. Wenn wir aber mit 150 000 Tonnen Ententelieferungen rückständig bleiben, kommt das Garantiefomitee und treibt sie rückständig ein. Es ist furchtbar. Denn die Reparationskölle führen wir unentgeltlich aus, während wir die englische Kohle mit Devisen bezahlen müssen, die unsere Wirtschaft um so weniger abwerten kann, je mehr sie durch den Kohlenmangel in ihrer Produktion gehemmt wird. Wir haben vorläufig dagegen keine Hilfe. Und so gibt es nur ein Mittel: daß wir die inländische Kohlenproduktion mit aller Kraft zu steigern suchen. Ueberarbeit der Bergleute — sie ist heute einfach unentbehrlich, als Rettung aus einer Not, die sonst verhängnisvoll werden kann.“

Man sieht also erneut, daß die Entente unter Führung Frankreichs auf den glatten Ruin Deutschlands abgesehen hat.

Aufenthaltsbeschränkung im besetzten Gebiete

Spieler a. M., 23. Juni. Durch eine Verordnung der interalliierten Rheinlandskommission wurde bestimmt, daß mit Rücksicht auf die im besetzten Gebiete herrschende Wohnungsnot der vorübergehende Aufenthalt im besetzten Gebiete nicht über 20 Tage ausgedehnt werden darf. Die Verlängerung des Aufenthalts bedarf in jedem Falle der Genehmigung des zuständigen Kreisdelegierten der interalliierten Rheinlandskommission. (Nach unserer Ansicht hätte die hohe interalliierte Kommission ein viel wirksameres Mittel, um die Wohnungsnot im besetzten Gebiet zu mildern, indem sie die höchst überflüssige Besetzung aufhebt oder wenigstens auf ein geringeres Maß vermindert.)

Streik und Aussperrung in der Metallindustrie

Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Frankfurt meldet, stehen seit gestern Mittag die technischen Anstellten und Werkmeister der industriellen Betriebe von Frankfurt, ungefähr 2700 Mann, wegen Gehaltsdifferenzen im Streik. Infolgedessen haben die Arbeiterwerke Kleiner ihre Arbeiter, insgesamt 7000 Mann, gestern Mittag 4 Uhr ausgesperrt.

Die Auseinandersetzung mit der Hohenzollernsippe

Im preussischen Landtag ist laut „Vorwärts“ ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht worden, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mitteilungen zu machen über die Ergebnisse der von dem Staatsministerium durchgeführten Nachprüfung der Eignung und Verhältnisse beim Hohenzollern- und Greifenberger-Vertrag, insbesondere über Entschädigung, Wert und Verhältnisse des fruchtigen Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenzollernhauses gelangten Vermögenswerte und Zahlungen, sowie über die dem Staat aus dem jetzigen Zustand erwachsenden Verwaltungskosten.

Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre

Die aus Moskau nach Berlin zurückgekehrten Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre, Dr. Rosenfeld und Theodor Liebnicht, berichten in den Wätern über ihre Erlebnisse. Bei ihrer Ankunft in Moskau seien sie vor dem Bahnhof von einer etwa 5000 Köpfe zählenden Menge empfangen worden. Ein großes Plakat mit den Worten „Uns Gefängnis mit der Verteidigung!“ wurde ihnen entgegengehalten. Die Demonstrationen durchführten die Arbeiterfronten und beschimpften unter Anführung Wuchars die Verteidiger. Bei Beginn der Prozesse wurde seitens des Vorsitzenden sofort bekannt gegeben, daß es sich um ein Klassengericht handele, das deshalb mehr Klassenhass über werde. Das Berliner Abkommen über den Prozeß wurde für null und nichtig erklärt. Nach der Ansicht der beiden Verteidiger werde der Prozeß zweifellos mit dem Todesurteil der Angeklagten endigen. Wie Theodor Liebnicht erklärt, sind alle Verteidiger, nachdem sie das Beweismaterial studiert hätten, zu der Überzeugung gekommen, daß von einer erwiesenen Schuld der angeklagten Sozialrevolutionäre keine Rede sein könne. Wie die Wätern weiter erfahren, wurde gestern in einer Besprechung von Vertretern der Arbeiterfront der Sozialrevolutionäre beschlossen, in einem gemeinsamen Aufruf die Sozialrevolutionäre aufzufordern, kein Todesurteil zu vollstrecken.

Deutsche Agrarier als Spießgesellen der Entente bei der Hungerblockade

G. Sch. Berlin, 22. Juni.

In unserer Betrachtung des Kinens um die Getreideumlage schrieben wir in der Mittwochsausgabe des „Volkshfreund“:

„Die Entente hat mit durch die menschenmörderische Blockade das deutsche Volk in der Heimat und an der Front niedergehalten.“

Das war, wie wir offen nun gestehen müssen, nur die halbe Wahrheit, die ganze Wahrheit, für die heute im Reichstag ein dokumentarischer Beweis erbracht worden ist, ist einfach ungeheuerlich. Die Hungerblockade der Entente hat während des Krieges das deutsche Volk in der Heimat langsam, aber sicher zermürbt, und die Wirkungen dieser Blockade haben schließlich auch die Kampftruppe und den Geist der Männer an der Front mit gebrochen. Das übrige an der Front besorgten jene zahlreichen Offiziere, die ein Krasser- und Schlemmerleben inmitten der hungernden Mannschaften führten. Und in der Heimat schlug die Unfähigkeit einer verknöcherten Bürokratie, nationalitätlicher Wahnsinn und Buherei die Volkskraft in Stücke. So kam dann als unausbleibliche Folge die Katastrophe.

Als die Nationalisten nach Erhebung von dem Todesurteil der Novembertage 1918 sich wieder aus dem Schlupfwinkel wagten, wurde von ihnen die schamloseste und infamste Lüge erfunden, die während der ungeheuren europäischen Umwälzung entstanden ist: die Lüge nämlich, daß von der politischen Linken das deutsche Heer hinterücks erdolcht worden sei. Warum die Deutschnationalen und unter ihnen besonders diese ihrer Kreise, die Militärs waren und Agrarier sind, diese Lüge eifrig kolportierten, das konnte heute im Reichstage geklärt werden.

Am 12. April 1915, also im zweiten Kriegsjahre, als die Nahrungsfragen bereits schwer und hart auf dem deutschen Volke lasteten, schrieb Graf v. Odenburg-Zanuschau an den damaligen preussischen Minister des Innern den Brief, der an anderer Stelle der heutigen Ausgabe zum Abdruck gelangt ist.

Odenburg-Zanuschau, der auf allen Tagungen der deutschen Agrarier stets mit stürmischem Beifall begrüßt wird, Odenburg-Zanuschau, ehemaliger aktiver preussischer Offizier und der intime Freund des davonnelaisischen ehemaligen Kronprinzen, Odenburg-Zanuschau, diese Hiebe der Entente, die Hindenburg und Ludendorff umjubeln, dieser Odenburg-Zanuschau ist einer jener Schurken, die sich als Spießgesellen der Entente, als Helfershelfer der Hungerblockade bewährt haben, als das deutsche Heer auf Tod und Leben an den Fronten mit den Feinden gerungen hat, als es in der Heimat den Verweissungskampf mit dem Hunger führte. Jede Kartoffel und jedes Stüchchen Brot wurde dringend gebraucht; mit zum Teil ekelhaften Ernährungsmitteln mußten sich Millionen behelfen, aber der Junker v. Odenburg-Zanuschau und, wie er selbst angibt, viele andere Agrarier ließen hunderte von Morgen und Hektaren Landes brach liegen, weil man sie nicht nach Herzenslust Preiswucher treiben ließ.

Und diese landesverräterischen Verbrecher am deutschen Volke teilen ganz offenherzig dem Minister des Innern ihre landesverräterischen Taten mit. Und dieser laubere Minister, selbst ein Junker und Agrarier, unternimmt nichts gegen die Spießgesellen des Feindbundes. Der Herr Minister und die Agrarier, die gleich Odenburg-Zanuschau so verbrecherisch am deutschen Volke gehandelt haben, sie sind auch heute — natürlich — hervorragende Stützen der deutschnationalistischen Propaganda. Dem Hunger und der Not sind zehntausende deutscher Kinder zum Opfer gefallen, Hunderttausende des im Kriege herangewachsenen Geschlechts sind zeitweilig an Körper und Gesundheit durch die Hungerjahre geschädigt, aber Odenburg-Zanuschau nebst Spießgesellen lassen fruchtbareren Boden brach liegen.

Und das gleiche widerliche Rad ist jetzt dabei, weil die Getreideumlage ihre Profitgier wenigstens ein bißchen zügeln will, das deutsche Volk in innere Kämpfe zu stürzen, deren Folgen und Ausgang gar nicht abzusehen sind.

Wollen sie den Kampf, sie sollen ihn haben, die Wucherer und die Volkshfeinde. Seit Deutschlands Zusammenbruch im Kriege hat die Sozialdemokratie, unter völliger Außerachtlassung ihrer Parteinteressen, dem deutschen Volke und dem Lande gedient. Die Geschichte wird einst der Sozialdemokratie ein glänzendes Zeugnis für das unsterbliche, was unsere Partei, und was unsere Genossen unter oft verzweifeltsten Umständen leisten mußten und geleistet haben, um Deutschland vor dem Verfall zu bewahren.

Aber wir hoffen, daß nicht nur die Geschichte, sondern noch die jetzt Lebenden mit denen gebührende Abrechnung halten können, die so furchtbar am Volke und am Lande sich vergangen haben.

Die Deutschnationalen und die Volkspartei kämpfen momentan wieder um die schrankenlose Wucherfreiheit des Agrarierturns. Sie führen auch gemeinsam den Kampf gegen die Politik der Reichsregierung, die auf dem Wege der Verständigung Deutschland aus dem Elend herausführen will und die allein es auch herausführen kann. Die Deutschnationalen und die Volkspartei treiben auch jetzt wieder Katastrophentaktik. Was ist ihnen das Land und was ist ihnen das deutsche Volk!

Auch im Zentrum sind Kräfte am Werk, ebenso bei den Demokraten, die den brutalen Sonderinteressen das Wohl der Gesamtheit zu opfern fähig sind. Der innere Kampf in diesen beiden Parteien ist noch in vollem Gange. Beide Parteien würden eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie jetzt versagen sollten, wo die Pflicht zum schärfsten Widerstand gegen den Völkerverrat und gegen die Reaktion ruft.

Und weiter. Die Großindustriellen sind in Deutschland nicht gering an Zahl, besonders im Bergbau und in der Montanindustrie, die unter dem Schutze der von Senegalgewehr getragenen französischen Bajonette lieber produzieren lassen möchten, als in dem Deutschland, in dem die Arbeiterbewegung sich zur Wehr setzen kann. Und die Agrarier, die der Entente bei der Hungerblockade so wirksam geholfen haben, ihnen ist das Deutsche Reich gleichgültig, der Profit ist ihnen aber alles.

Es herrscht hier politische Hochspannung. Kein Mensch weiß zur Stunde, was innerpolitisch die nächsten Tage bringen werden. Die Sozialdemokratie hat — und zwar mit Recht — die Hand geboten, um in der Frage der Getreidemenge wie der Gestaltung der Zwangsanleihe zu einer Regelung zu kommen, die berechtigte Interessen wahrt, aber das Gemeinwohl auch schützt. Kommt es nicht zu einer solchen Verständigung, dann muß eben im Kampfe versucht werden, eine Lösung der Fragen herbeizuführen. Und dann haben die Millionen Männer und Frauen der erwerbsfähigen Bevölkerung die Möglichkeit, zu beweisen, ob sie nicht nur darben, sondern daß sie auch zu kämpfen verstehen. Die sozialdemokratische Partei würde in einem Kampfe ihre Pflicht in höchstem Maße erfüllen — mögen die Massen dann daselbe tun.

Keine Klassenjustiz?

In Herford veranstaltete der Kriegerverein eine Sedanfeier und es kam dabei zu Demonstrationen gegen die Republik und deshalb auch zu Gegenemonstrationen der Arbeiter. Das Resultat der Sedanfeier war ein Landfriedensbruchprozess. Aber nicht etwa gegen die Kriegervereine, wie man es doch eigentlich erwarten sollte, sondern gegen die Arbeiter. 17 Arbeiter mußten vor dem Geschworenengericht sich verantworten und als man fertig war mit dem Prozeß und sich freute, den Arbeitern 64 Monate aufgedrückt zu haben, da stellte sich heraus, daß die Geschworenendbank und der Gerichtshof zum großen Teil aus jenen Kriegervereinsleuten bestand, die sich an der Sedanfeier beteiligt hatten, also ganz parteiisch waren. Das Urteil wurde deshalb auf Einspruch der Verteidigung hin aufgehoben.

Die neu zusammengesetzte Geschworenendbank sah die Dinge wesentlich anders an, und von dem beim zweiten Prozeß übrig gebliebenen zehn Angeklagten wurden sieben freigesprochen. Drei aber wurden trotzdem noch zu insgesamt 19 Monaten Gefängnis verurteilt. Von den Kriegervereinsleuten dagegen, die zum Teil mit Revolvern geschossen hatten, sah kein einziger auf der Anklagebank.

Aber trotzdem, wer von Klassenjustiz redet, ist ein Veleidiger der Justiz.

Eine gepfefferte Abgabe

Die unabhängige „Freiheit“ veröffentlicht dieser Tage die Antwort des unabhängigen Zentralkomitees auf die Frage der Kommunisten, ob die Unabhängigen und die Sozialdemokratische Partei zu gemeinsamen Aktionen bereit sind. Unter anderem heißt es in dem Antwortschreiben:

Diese Frage richten Sie an uns, nachdem Führer Ihrer Organisation auf Anweisung von Moskau die Kommunisten gepöbelt haben. Während zu gleicher Zeit in Moskau die Führer Ihrer Organisation durch fortgesetzte Werberläufe der Welt

Die Islandfischer

Von Pierre Loti

(Fortsetzung.)

Das Hundertwerk unten vernünftige sich mit Rindlängen; die jüngsten Gaastrider waren zwar längst zu Welt gebracht, die anderen mochten aber einen Heidenlärm, Quamee und Rantec (vredonische Abkürzung für Quillamee und Rantec) hielten die kleine Bande zum Lärmen an; sie wollten durchs Meer drängen herumpfein und machten alle Augenblicke die Tür auf, was den Windstößen Eingang verschaffte, die so heftig waren, daß sie die Lichter verlöschteten.

Der alte Roffe erzählte weiter, daß sein Anteil an der Beute vierzig Fische betragen habe; man möge ihm aber den Gefallen tun und nicht davon reden, damit ihm der Herr Kommissar auf dem Marinerebureau nicht nachträglich eine noch Unangenehmere darüber mache, weil er damals den Hund nicht angezeigt habe. „Der Wein hätte nur gut geschmeckt werden müssen“, schloß er seine Geschichte. „Hätte man ihn ordentlich abziehen können, so wäre es ein herrlicher Tropfen geworden, denn es ist vielmehr Traubensaft darin, als in den Kellern der Weinländer von ganz Paimpol zusammen.“

Wo machte dieser Wein, der von einem Schiffbruch herrührte, wohl gewachsen sein? Er war von dunkelroter Farbe und sehr stark, aber mit Seewasser vermischt, und hatte daher einen kaligen Geschmack behalten. Nichtsdestoweniger fand er großen Beifall und mehrere Flaschen wurden gekauft.

Bei den meisten drehte es sich ein wenig im Kopf; die Stimmen wurden unklar, und die Wachen gingen an, die Wachen rechte Ruhe dabei, denn die Männer machten einander Zeichen und tauschten sorgfältige Bemerkungen über die Schiffe aus.

Das Unwetter draußen tobte ärger denn je, und der Sturm brüllte demnach, als wenn tausend wütende Bestien aus vollem Halse schrien, drohend murzeln und schmarren, ein Getöse, das wie ein fortgesetzter gewaltiger Schrei klang. Man meinte auch die großen Strandkanonen schreien zu hören, die dumpfen Schläge rührten aber ebenfalls das Meer her, das den Strand von Blaublauen so furchtbar peitschte — nein, das Meer war ganz entschieden sehr ergrimmt, und das Herz zog sich Gaud bei der entsetzlichen Musik zusammen, die niemand zu ihrer Hochzeit bestellt hätte.

den Beweis liefern, daß Ihre Vereinbarungen mit anderen Parteien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind. Sie als Führer Ihrer Organisation bringen es fertig, zu gleicher Zeit einen Brief an uns zu richten, in dem Sie uns zu einem einheitlichen Handeln mit Ihrer Organisation gegen die Reaktion einladen und Ihre Vertreter nach Sachsen zu schicken, um dort die Kommunisten stark zu machen zu gemeinsamen Handlungen Ihrer Organisationen mit der Reaktion gegen die sozialistische Regierung. Gerade in diesen Tagen erhalten wir Bericht von unseren Organisationen aus dem Reich mit Angaben darüber, daß die Kommunisten sich an Vereinbarungen mit anderen Parteiorganisationen über ein gemeinsames Handeln gegen die Reaktion nicht gehalten haben, daß sie im Gegenteil über alle von ihnen vorher mitgetroffenen Vereinbarungen hinaus gemeinsame Handlungen gegen die Reaktion durch Sonderaktionen getrieben oder gar gepöbelt haben, wodurch die Wirkungen der gemeinsamen Aktionen der Arbeiter gegen die Reaktion beeinträchtigt wurden.

Zum Schluß des unabhängigen Briefes heißt es: „Aus allen diesen Tatsachen können Sie die Antwort auf Ihre Fragen selbst finden, nämlich, daß es nicht möglich ist, mit Ihren Organisationen gemeinsame Handlungen gegen die Reaktion herbeizuführen.“

Für und gegen die Zwangswirtschaft

In Döhlenheim sprach am letzten Sonntag in einer Landwirtschafsammlung Landtagsabg. Dr. Matthes über die Getreideverteilung. Dabei kam der Herr Referent auch auf die Zwangswirtschaft zu sprechen. In der sich daran anschließenden Diskussion forderte der Landwirt Reigner von Brühl Freiheit für den Bauern im Freiland und lehnte jede Zwangswirtschaft ab. Auch andere Redner sprachen in diesem Sinne. Dann aber wählte man eine Kommission, die beim Ministerium in Karlsruhe vorstellig werden soll mit der Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaften und Verteilung zu entsprechenden Preisen.

Genau so geht es seit Monaten in vielen anderen Versammlungen. Für die Produkte, die man selbst zu verkaufen hat, fordert man freie Wirtschaft, das aber, was man selbst kaufen muß, soll unter zwangsläufiger Regelung gebracht werden. Dieselben Leute werfen dann den städtischen Verbrauchern einseitige Interzessionspolitik vor, wenn diese zu ihrem Schutze eine behördliche Regelung der Lebensmittellieferung fordern.

Aus der Partei

Wegen des ungünstigen Wetters am letzten Sonntag konnte das Gartenfest unserer Partei nicht abgehalten werden. Das Fest wurde am kommenden Sonntag, 25. Juni, verlegt. Die Genossen und Arbeitervereine aus der Umgebung werden erucht, zahlreich sich an der Veranstaltung zu beteiligen.

Berichtigung. In unserer Nummer 110 vom 12. Mai 1922 haben wir unter der Überschrift „Höhlungen, den 9. Mai“ berichtet, der Herr Koplan von Höhlungen sei gelegentlich eines Wortwechsels mit dem Redaktor die gegenwärtige handgreiflich geworden, und weiter wurde unter derselben Überschrift eine Unterredung mit dem Herrn Dr. Matthes über die Unterredung bei Verhandlungen, die nach dem Verfall der Arbeitervereine oder aus „besseren“ Kreisen gekommen habe. Wir müssen zu vorstehenden Behauptungen gestehen, daß sie jeglicher tatsächlicher Unterlage entbehren. Wir sind von unserem Höhlungen Berichterstatter irre geführt worden. Die Verhandlungen, die in den folgenden Zeilen liegen, sind von uns in einem gerichtlichen Vergleich zurückgenommen worden. Wir müssen diese Berichtigung deshalb unter „Aus der Partei“ bringen, weil die feinerzeitige Kritik aus Höhlungen aus Berlin ebenfalls unter dieser Rubrik stand; sie gehörte eigentlich unter die Meldungen „Aus dem Lande“. Die Red. d. B.

Soziale Rundschau

Wartag des Intern. Bundes der Kriegsoffer. Man schreibt uns: Unter reger Beteiligung der Ortsgruppen des Int. Bundes, Gau Baden-Pfalz, hielt derselbe am 11. Juni d. J. seinen Wartag ab. Die aus zahlreichen Punkten bestehende Tagesordnung wurde mit einem zu großen Hoffnungen berechtigtem Geiste zu Ende geführt. Ueber die Aufgaben der Organisation, wie im heutigen wirtschaftlich darniederliegenden Deutschland die Versorgung der Kriegsoffer sicher gestellt werden kann, sprach der Bundesvorsitzende sowie der Gauleiter, an deren Ausführungen sich eine rege sachliche Diskussion anknüpfte. Auch der übliche gesellschaftliche Teil wurde statt erledigt. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Tagung. — Bezugnehmend auf dieselbe Stelle in dem Artikel

Nach Mitternacht ließ der Sturm etwas nach. Dann hatte sich seine Wut erhoben und machte Gaud ein Zeichen, daß sie zu ihm hinauskommen möchte — sie wollten jetzt heim gehen. Gaud war sehr rot darüber geworden, weil sie aufgehoben war; sie meinte, es sei unmöglich, schon fort zu gehen und die Wüste allein zu lassen.

„Nein, wir können gehen“, sagte Gaud, „der Vater hat erlaubt.“ Dabei zog er die Schwelle und sie machten sich leicht davon, in die kalte Nacht hinaus.

Es war frostig. Auf der Höhe des Pfades beriet das unheimliche Toben, wo das Meer lag — sehen konnte man es nicht. Dann setzte Gaud bei der Hand und sie gingen an zu laufen wie die Kinder, oft aber hatten sie Mühe, sich gegen den Wind auf den Hüften zu halten, und obwohl sie die Hand vor den Mund hielten, mußten sie manchmal fluchen, weil sie sich umwenden, um einmal atmen zu können. Damit das neue Meer und die Pfandstraße aber nicht zu Schaden kommen sollten, hob er Gaud mandant bei der Taille ein wenig in die Höhe, später nahm er sie ganz auf den Arm, legte ihren Kopf an seinen Hals und ließ sie so schnell gehen. Nein, er hatte entschieden nicht gedacht, daß er sie so lieb haben könnte! Dreiundzwanzig war sie und er fast achtundzwanzig Jahre alt — seit zwei Jahren hatten sie verheiratet und so glücklich sein können, wie an diesem Abend!

Endlich war die feuchtkalte, arnische Hütte erreicht. Dann glänzte Licht an, zweimal blies es ihn aber der Wind wieder aus.

Die alte Großmutter hatte man heim geführt, ehe das Singen anging; seit zwei Stunden lag sie in ihrem Schrankbett, dessen Läden sie geschlossen hatte. Das junge Paar trat herein und guckte durch die Fensterscheiben, um ihr gute Nacht zu sagen, falls sie noch wach wäre, ruhig und mit geschlossenen Augen lag aber das eckelwürdige Haupt in den Kissen — sie schlief bereits oder stellte sich schlafend, damit sich die Heimkehrer nicht von ihr gestört glauben sollten.

Jetzt schliefen sie sich zum erstenmal allein zusammen. Gaud beugte sich nieder, um seine junge Frau auf den Mund zu küssen; ohne die Bedeutung dieses Kusses zu ahnen, kam ihm Gaud aber zuvor und küßte ihn eben so leuchtend, wie in der Brautzeit auf die Wangen, die noch eiskalt war vom Sturm.

Wäre Gaud noch im Besitz ihres einstigen Vermögens gewesen, mit welcher Freude würde sie das Brautgemach schon ausgestattet haben! Sie konnte sich immer noch schwer an die nadeln Steinmauern und das rebe Aussehen der paar Wände

des Reichsbundes in Nr. 134 unseres Blattes, „Nachträge an die Versammlung der Kriegsoffer“, in welcher es heißt: „Der Zufall will es auch, daß gerade ein Mitglied des Internationalen Bundes (der kommunistisch organisierten Kriegsoffer) war, der die Schmachreden auf die Partei losließ und natürlich die anwesende Majorität zu ganz anderen Forderungen mißbrauchte“, bezieht sich auf die Partei, die die beiden Redner nicht Mitglieder des I.B. seien. Auch sei der I.B. seiner Partei angegeschlossen, es könne jeder ohne Unterschied der Partei Mitglied werden. (Daß aber der I.B. mit der Partei verknüpft, wird nicht bestritten werden können. Die Red.)

Indischer Landtag

Annahme des Vorschlags des Finanzministeriums gr. Karlsruhe, 23. Juni.

65. Öffentliche Sitzung

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr. Einzelberatung des Vorschlags des Finanzministeriums.

In Fortsetzung der Beratung des Entsch. der Domänen und Forsten äußern sich noch Abg. Hoffmann (Dem.) bezüglich Seegravversteigerung, Abg. Dürr (Vdb.) zugunsten der freien Wirtschaft, Abg. Engelhard (Ztr.) hinsichtlich Domänenverpachtung.

Die Kompositionen für Forsten und Forstungen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten genehmigt.

Bei Angelegenheit und Hinterbliebenenversorgung wünscht Abg. Hoffmann (Dem.) in der Folge die Beihilfen an Beamtenhinterbliebenen und Volksschulhauptelehrerhinterbliebenen auf einen Rechnungsnachweis verzichten.

Beim Kapitel Forsten äußert Landesforstmeister Greßlich, daß die Ausschließung der Händler bei den Seegravversteigerungen angeordnet wird. Ministerialrat Ulrich stellt die Ausführungen des Abg. Dürr richtig.

Abstimmungen

Der Vorschlag des Finanzministeriums wird mit allen Stimmen gegen 3 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten genehmigt.

Der Vorschlag der Amortisationsklasse wird mit allen Stimmen gegen 3 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten genehmigt.

Durch die Reichssteuererhebung für erledigt erklärt werden: Antrag Räger (Ztr.) und Gen. betr. Vermögenssteuergesetz und Einkommensteuergesetz, Antrag Weishaupt (Ztr.) und Gen., und Antrag Raiser (Vdb.) und Gen. betr. Umsatzsteuer für den Eigenverbrauch, Antrag Weishaupt (Ztr.) und Gen. betr. Reichsversicherungssteuer, Antrag Matthes (Vdb.) und Gen. betr. Steuerabzüge auf Antrag, Antrag Siegelmaier-Oberkirch (Ztr.) und Gen. betr. Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger, Entsch. (Ztr.) und Gen. betr. Veränderung des Reichseinkommensteuergesetzes und Erhöhung der abzugfähigen Summen.

Durch die Regierungserklärung erledigt erklärt werden die Anträge Schmidt-Breiten (Ztr.) und Abgeordnete aller Parteien betr. Landvergabe, und Marum (Soz.) und Gen. betr. Anwendung der Regierungserklärungen bei Seegravversteigerungen.

Einmütig angenommen wird der Antrag Seubert (Ztr.) und Gen., worin die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den zurückgesetzten ehemals badiischen Beamten der Eisenbahn- und Zollverwaltung und den Hinterbliebenen solcher Beamten, die auf Schweizer Gebiet wohnen, ihre Bezüge wie früher in Frankreich bezogen solange bezogen werden, als sie infolge der Wohnungswirtschaft in der Schweiz zu wohnen.

Gegen 11 Stimmen des Landbundes und der Deutschnationalen wird abgelehnt der Antrag Hertle (Vdb.) und Gen. auf Bewährung von staatlichem Erbschaftsteuern bei Geländeverlust durch die Katastralanpassung.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten wird der Antrag Matthes (Vdb.) angenommen, die Regierung solle bei der Reichsregierung auf eine Veränderung der Vorschriften der Reichsgrabenordnung über die Bildung der Steuerabstufungen (von den besonderen Ausschüssen abgesehen) nach Vorbild der früheren badiischen Schenkungssteuer hinwirken. — Der zweite Teil dieses Antrags, die Regierung solle bei dem Landesfinanzamt die Bildung eines besonderen, aus mit der Landwirtschaft vertrauten Leuten bestehenden Ausschusses für jeden Steuerbezirk zur Erleichterung der Einsprüche von Landwirten gegen die Steuerbescheide erwirken, wird gegen 19 Stimmen der Liberalen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landbundes abgelehnt.

Einmütig angenommen wird bei zwei Enthaltungen der Kommunisten der Antrag Weilerle (Ztr.) und Gen., die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Umsatzsteuer für Leistungen von Personen, deren Gesamtvermögen ein zu

gewöhnen. Hier stand sie auf leuchtend, feigstaktischem Boden einer sehr niedrigen kalten Hütte, aber ihr Mann war ja da, und seine Gegenwart ließ sie die Arnseligkeit der Umgebung so vergessen, daß sie nichts sah, als ihn.

Jetzt hatten sich ihre Lippen gefunden; stumm hielten sie sich umschlungen unter einem nicht endemütelnden Kopf. Die etwas erregte Stimmung beider bemächtigte sich, und sie erlaubten wie im Fieber; es klangen ihnen an Kraft zu gebrechen, die lange Wärmung zu ihnen, und es war, als ob ihnen nichts weiter bewußt sei, sie nichts mehr außer der Seligkeit dieses Rufes wußten.

Derwitz machte sich Gaud endlich los. „Daß doch, Gaud, Großmutter Dronne könnte uns ja sehen.“ wehrte sie, da er auf neue ihre Rippen lauschte. Er lächelte aber nur und küßte sie immer wieder, wie ein Reduzierender, dem man für einen Augenblick den Blick mit frischem Wasser weggenommen hatte.

Gauds Abwehr hatte den Weg vom wimmelnden Dornen unterbrochen. Jetzt hätte er vor ihr stehen müssen, wie vor einem Heiligengild, jetzt aber überflutete die Bedenksamkeit sein ganzes Wesen. Verlorenen Blickes er nach dem Weißfisch der Großmutter, und ohne einen Augenblick das Können anzuhängen, sah er hinter sich nach dem Tisch, wo der Leuchter stand, und lächelte mit dem breiten Handrücken das Licht aus, wie vorhin der Wind getan.

Einmütig nahm er sie in die Arme; er hielt seine Rippen fortwährend auf die ihren gepreßt, fast einem wilden Tier gleich, das die Zähne in seine Beute schlägt. Diesem gebieterrischen Forderer gegenüber war kein Widerstand mehr möglich; Gaud gab sich ihm mit Leib und Seele, willens unter der Haut seiner Heiligungen. Er trug sie im Dunkel zu ihrem schönen Bett hin, das nun zum Ehebett werden sollte.

Zu der Brautnacht drinnen spielte das unsichtbare Orchester in den Lüften dranhin seine schauerliche Musik; das Pfeif es leiser, als dächte es nachzulassen, bald kam es in langgezogenen Tönen wieder als unheimliches Dröhnen daher.

Und ganz in der Nähe befand sich das große wogende Geob der Seeleute, das erschreckend hoch gegen die Klippen anstürzte. Daß es eines Tages auch ihn verschlingen und in seine grauliche Nacht hinabziehen werde, das wußten sie beide gar wohl!

In Augenblick aber war er an Land und sicher geborgen, wenn auch in armer Hütte, durch die der Wind strich. Und unbestimmt um Tod und Welt betrauerteten sie sich an den Wänden der Hütte.

(Fortsetzung folgt.)

bestimmendes Existenzminimum nicht übersteigt, nicht zur Erhebung gelangt.

Gegen die Antragsteller abgelehnt wird der Antrag von (Komm.) und Gen., auf Berücksichtigung der zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere die Erhaltung der Sachverhalte.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten wird abgelehnt der Antrag von (Komm.) und Gen., die Regierung möge im Reichsrat dafür eintreten, daß die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zur Steuerfrage aufgestellten

10 Punkte für die zukünftige Steuererhebung als Grundlage genommen werden. — Die 10 Punkte sind: 1. Beteiligung des Reiches an den Sachverhalten; 2. Sozialisierung im Rohstoffbergbau; 3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen; 4. Erhaltung der Exportzölle; 5. Einfuhrbeschränkung; 6. Erhaltung der Salztageerträge; 7. Einziehung des Reichsnotopfers; 8. Sofortige Einziehung der Steuer; 9. Besteuerung der Devisengewinne; 10. Monopollontrolle.

Gegen 18 Stimmen (die Parteien sind bei dieser Abstimmung in ihrer Stellungnahme geeicht) wird abgelehnt der Antrag Strobel (Soz.) und Gen.: Gemäß der Aussprache über die Entnahme von

Möbeln aus dem Mannheimer Schloß zur nichtnummerierten Druckliste 10 möge der Landtag beschließen: die Regierung wird ersucht, dem Antrag auf Bildung einer Sachverständigenkommission stattzugeben, damit diese der früheren Bestand und die jetzige Verwendung des Schloßmobiliars und insbesondere feststellen möge, welche Stücke als kunsthistorisch, kunstgewerblich und künstlerisch wertvoll für die Wiedereinrichtung der Prunkräume des Schloßes bestimmt werden. — Einstimmig angenommen wird der zweite Teil dieses Antrags, die Verhandlungen wegen Ueberlassung von Schloßräumen an die Stadt Mannheim zur Erfüllung kultureller Zwecke so zu fördern, daß baldmöglichst ein Abschluß erzielt wird. Eingegangen ist ein Antrag aller Parteien, bei der Reichsregierung auf Maßnahmen für die Nebenbahnen zu dringen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 27. Juni, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Oberrechnungskammer, Gesetzentwürfe, Anträge bezüglich Preisenforderungen, Ausländergebühren, Antrag auf Schiedemann, Regimententage. Schluß der Sitzung: 10 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Juni.

Beginn 2 Uhr nachmittags. Das Haus erledigt keine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Lambach (D.N.) bezieht sich ein Regierungsvorbericht die Rollen der Genußabteilung mit 1 015 000 Lire, also rund 16 Millionen Mark. Sodann wird die

Aussprache über die außenpolitischen Interpellationen fortgesetzt.

Staatssekretär Müller wendet sich gegen die Darstellungen der Abg. Reichert und Daub, als ob die Sachlieferung abkommen uns eine Mehrbelastung über den Pariser Vertrag hinaus auferlegt hätten. Gegenüber den unrichtigen Bestimmungen des Londoner Memorandum hätten diese Abkommen vielmehr wesentliche Erleichterungen gebracht.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.): Deutschlands ganzer Kammer muß eben ansetzen, der die Begründung der Interpellationen gehört hat. Bei diesen erschütternden Anlagen mußte jedem das Bild aufsteigen des gerüttelten und gefährdeten deutschen Kaiserreichs, das uns vor Augen schwebt als große Vergangenheit und als Schmach unserer Zukunft. Die Denkschrift des auswärtigen Amtes ist ein monumentales Denkmal des deutschen Friedenswillens, des Friedenswillens unseres großen Vorkriegsstaatskanzlers Bismarck. Ich begreife die besondere Stellung des Außenministers, aber ich habe kein Verständnis für die abgeklärte Zeit, mit der er die furchtbare Drangsalierung der deutschen Bevölkerung am Leben und an der Saat erbeutet hat. Nicht Mitleiden, sondern Erbitterung und Empörung, Haß und Mut empfindet die Sachverständigenkommission. Warum sagen Sie das nicht, Herr Minister? Die Bevölkerung am Leben und an der Saat sieht sich im wahren Sinne verarmen und verarmen. (Stürmische Unterbrechungen der Linken, Zurufe: Schamlos! Geschiele!) Was jetzt an der Sachlieferung berichtet wird, ist das Ergebnis eines schamlosen Betrugs, den sich die französische Regierung bei den Verhandlungen von Versailles erlaubt hat. — Dr. Helfferich sucht dann im Einzelnen nachzuweisen, daß die Sachlieferung doch eine Mehrbelastung Deutschlands bedeuten. Der Redner nimmt sodann seinen Parteifreund von Oldenburg gegen die Angriffe des Abg. Stampfer in Schutz und stellt fest, daß eine unbedachte Fälschung des Linnis hier ausgedrückt worden sei. Lediglich habe Herr von Oldenburg die 500 Morgen doch noch bebaut. — Die Erfüllungspolitik hat bis jetzt die von der Regierung erhofften Früchte nicht getragen, sondern unser Volk immer tiefer ins Elend gestürzt. Wir verlangen, daß die Regierung sich jetzt von den der Reparationskommission gegenüber eingegangenen wahren Verpflichtungen als befreit betrachtet, schon deshalb, weil sie nicht die Zustimmung des Reichstages gefunden haben. Die Regierung hat den Reichstag über ihre Haltung bei den Pariser Reparationsverhandlungen geradezu getrogen. Sie hat im wesentlichen alles das zugestanden, was die Reparationskommission in ihrer Note verlangt und was der Reichstangler selbst als unannehmbar bezeichnet hatte. So sind der Reparationskommission nach dem französischen Text „alle Mittel der Unterirdung“ zugewiesen worden. Ebenso verpflichtet sie die deutsche Regierung nach dem französischen Text, sich über ihre Verleumdungen mit der Reparationskommission zu verständigen. Was bedeutet die Differenz zwischen dem deutschen und dem französischen Text; wer soll hier hinter die Fassade geführt werden; welcher Text gilt? (Stürmische Unterbrechungen; Zurufe von rechts und links; Abg. Gillein erhebt einen Ordnungsruf.) Redner schließt seine Ausführungen über die Reparationsverhandlungen mit dem Satz: Eine Regierung, die ohne Ermächtigung des Reichstages wesentliche Verhandlungen der deutschen Souveränität veräußert, gehört vor den Staatsgerichtshof!

Die weiteren Ausführungen des Redners über die Aufgaben für die Wehrtruppen und über die Satrapenwirtschaft im besetzten Gebiet führen zu erneuten Entrüstungsausdrücken der Rechten und stürmischen Zurufen der Linken. Helfferich schließt mit der Forderung, keine neuen Devisenläufe mehr vorzunehmen. Die Fortsetzung der Erfüllungspolitik sei die sichere Katastrophe; die Grenzen der Erfüllungspolitik seien schon überschritten. Solange das französische Wort gelte: „mit dem Finger am Abzug kann man von der deutschen Regierung alles erreichen“, solange gäbe es für Deutschland keine Rettung. Den Feinden müsse gezeigt werden, daß es in Deutschland noch Männer gibt. (Stürmischer Beifall rechts; ironische Zurufe links.)

Abg. Schäfer (Komm.) seine Rede beginnt, besonnen die Abgeordneten bis auf etwa 6 den Saal. Auch er beschränkt die Behandlung der Devisenfrage am Leben und an der Saat als einen Versuch des Väterrechts, macht aber die wilhelminische Kriegspolitik dafür verantwortlich.

Abg. Sellmann (Soz.) bedauert, daß Dr. Helfferich durch seine Rede die Einheitstrent zur Umkehr der französischen Gewaltpolitik gereizt habe. Der jetzige Kammer sei die Frucht der wilhelminischen und der Helfferichpolitik. Wenn die Deutsch-

Ein Prachtexemplar eines Patrioten

Die Fortsetzung der Aussprache über die fünf Interpellationen brachte am Donnerstag eine ausgezeichnete Rede unseres Genossen Stampfer, die ob ihres Materials und ihrer Gewandtheit die beiden Rechtsparteien wie einen Dienentwurf aufschwärmte ließ. Stampfer konnte nämlich die Photographie eines Briefes von der Hand des erst preussischen Junkers Graf v. Oldenburg vorlegen und vorlesen, ein Schreiben, das ein wundervolles Dokument für die landesverräterische Gesinnung jungerlicher Landwirte ist und zeigt, worin Wirklichkeit den Dolchstoß von hinten ausgeführt hat. Alle führenden deutschnationalen Abgeordneten waren von diesem Briefe aufs höchste verblüfft. Sie machten sich sogar die Mühe, ihn abzuschreiben, eine höchst überflüssige Arbeit, denn sie werden ihn heute in allen sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands finden und hoffentlich zusammen mit den englischen Fundamenteln des Grafen Ludendorff und den Dollargeschäften des letzten Wilhelm als Flugblatt in Millionen Exemplaren verbreitet sehen. Hier der Brief im Facimile:

Berlin am 12. 4. 15.

Lehrer für die Franzosen!

Im Laufe der Zeit, wenn wir uns an die Arbeit machen, werden wir sehen, daß die Franzosen die Reparationen nicht bezahlen werden. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen können. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen wollen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen dürfen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen müssen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen sollen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen dürfen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen müssen. Sie werden die Reparationen nicht bezahlen, weil sie die Reparationen nicht bezahlen sollen.

Dr. Helfferich

Die Reparationen werden nicht bezahlt werden, weil die Reparationen nicht bezahlt werden können. Die Reparationen werden nicht bezahlt werden, weil die Reparationen nicht bezahlt werden wollen. Die Reparationen werden nicht bezahlt werden, weil die Reparationen nicht bezahlt werden dürfen. Die Reparationen werden nicht bezahlt werden, weil die Reparationen nicht bezahlt werden müssen. Die Reparationen werden nicht bezahlt werden, weil die Reparationen nicht bezahlt werden sollen.

nationalen das Kaiserreich herbeiziehen, so würde sich keine Partei mit allen Mitteln gegen die Wiederherstellung eines solchen Unfalls wehren. Das Rheinland hätte sich von der Regierung verdrängen und verkauft. Wenn Helfferich nur 8 Tage unter Kollat seitlich werden, würden Saargebiet und Rheinland in kurzer Zeit für Deutschland endgültig verloren sein. Der Zusammenbruch des Heeres war die Schuld des Offizierkorps, der Zusammenbruch im Innern die Schuld der Agrarier vom Schloß des Herrn Oldenburg.

Abg. Kroll (Dem.): Die Rede Helfferichs rechtfertigt das hier gefällte Urteil. Er sei der größte Prookateur des Reichstags. Ein Mann, dessen Kriegspolitik so furchtbare Folgen für unser Vaterland gehabt hat, läte besser, jetzt schweigend zur Seite zu stehen. Die Rheinländer brauchen von Herrn Helfferich keine Anfeuerung zum Mut. Die deutschnationalen und deutschpöhlischen Orisgruppen, die in Versammlungen ihren Mund so voll nehmen, sollten auch vor den französischen Kriegsgerichten etwas mehr Mut zeigen als bisher. Wenn diese Leute scharfe Worte gebrauchen wollten, sollten sie auch vor allen Dingen gemeinsam mit den Rheinländern die Sorgen tragen und nicht ihres Daffers im besetzten Gebiet im Stich und zu schweren Strafen beurteilen lassen. Es ist zweifellos, nicht die gegenwärtige Regierung ist an dem Elend schuld, sondern der verlorene Krieg und der Versailles Vertrag. Auch seine Partei betrachte die Genugtuung der äußeren Anleihen als Voraussetzung der eingegangenen Verpflichtungen. Redner schließt mit der Aufforderung an die Regierung, die Reparationskommission zu ersuchen, Widerungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen einzutreten zu lassen und fordert eine Abkehr von der unmöglichen Tarifpolitik des Reichsfinanzministers Gönner.

Reichsfinanzminister Dr. Gönner: Dr. Helfferich hat weit über das Ziel hinausgeschossen. Tatsächlich ist seit dem Londoner Memorandum eine Erleichterung

unserer Leistungen eingetreten, die wie auf Grund der von ihm vorgeschlagenen Wege höher nicht erreicht hätten. Zum erstenmal ist vor einem internationalen Experten-Gremium anerkannt worden, daß die Richtigkeit unserer Handels- und Zahlungsbilanz und an der Erfüllung unserer Verpflichtungen hindert. Wir haben die Anleihe nicht um ihrer selbst willen erstrbt, sondern zur Wiederherstellung eines gesunden eurobaischen Wirtschaftslebens. Sie ist nicht aufzuheben gekommen. Aber wir werden weiter bemüht sein, unsere Leistungsmöglichkeit zu steigern. Zu den Bemängelungen des Abg. Helfferich an der Uebersetzung der Texte habe ich zu erklären, daß der Originaltext der deutsche ist. Die Uebersetzungen, die regelmäßig in französischer oder englischer Sprache gegeben wurden und deren Herstellung von der Kriegslastenkommission bewirkt worden ist, dient dazu, Mißverständnisse zu verhüten. Jeder, der mit Uebersetzungen in fremden Sprachen zu tun hat, weiß, daß es unmöglich ist, eine vollkommene Uebersetzung einer dreisprachigen Uebersetzung herzustellen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Bemängelungen Helfferichs zutreffen, weiß auch nicht, welches Interesse er hat, zu behaupten, die deutsche Regierung habe weitergehende Forderungen abgegeben, als es der deutsche Text ergibt. Der Geist der verschiedenen Sprachen und die Heiligkeit der Formen bei den verschiedenen Völkern können zu Nuancen im Ausdruck führen, die bei wörtlicher Uebersetzung verschiedenes zu bedeuten können, obwohl sichtlich dasselbe gemeint ist. Wir werden die Verhandlungen weiterführen und erhoffen ein Ergebnis, das ganz Europa eine Politik der Versöhnung und Sachlichkeit ermöglicht.

Bei den Verhandlungen gelten für uns die Vorbehalte: 1. die deutsche Souveränität darf nicht angetastet werden, 2. keine Störung des geregelten Ganges unserer Verwaltung, 3. keine Verletzung des Steuergeheimnisses.

Abg. Dr. Weder (D.Vp.) gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung die Auffassung seiner Partei bestätigt habe, monach der deutsche Text der maßgebende sei. Er bedauert aber, von der Regierung keine ziel- und richtunggebende Erklärung gehört zu haben, was sie angesichts der furchtbaren Gewaltpolitik tun wolle, die unserm Volke angetan werde.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.) erklärt, ihm sei ein Felsstein vom Herzen gefallen nach der Versicherung, daß für die Note der deutsche Text gilt. Er bittet, auch in Zukunft nur die deutsche Sprache für die Verhandlungen der Regierung gelten zu lassen, damit große Uebersetzungsfehler keine schweren Folgen haben. Redner weist sodann die Angriffe Krolls zurück und geht dann auf die politischen Vorgänge während des Krieges ein, um nachzuweisen, daß er stets vor dem unbeschränkten Uboorkrieg gewarnt habe, als der Reichstangler dem unbeschränkten Uboorkrieg zustimmte. Erst mit Rücksicht auf die empörende Note Wilsons habe er seine Stellung geändert.

Abg. Christoph (U.S.P.) bedauert, daß die Regierung sich nicht über ihre Finanz- und Steuerpolitik ausgelassen habe, welche die Reparationsleistungen ermöglichen soll. Die Lasten dürften keineswegs auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden.

Abg. Spahn (Ztr.) befreitet, daß seinerzeit mit der im Reichstag abgegebenen Zustimmungserklärung dem damaligen Reichstangler eine Blankovollmacht zur Anwendung des Uboorkrieges gegeben worden sei.

Abg. Dr. Helfferich hält demgegenüber seine Auffassung aufrecht.

Nach persönlichen Bemerkungen werden sodann die Sachlieferungverträge in zweiter und dritter Lesung gegen die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Kommunisten angenommen.

Morgen 12 Uhr: Kleinere Vorlagen. — Schluß 9 Uhr.

11. Deutscher Gewerkschaftskongreß

SPD. Leipzig, 22. Juni 1922.

4. Verhandlungstag — Vormittags-Sitzung. Die Sitzung wird mit dem Referat des Genossen Prof. Dr. Singheim er über

„Das zukünftige Arbeitsrecht“ eröffnet. Der Kongreß zeigt den scharfpunktigen Ausführungen Dr. Singheimers großes Interesse. Der Redner hatte die Grundgedanken seines Referats in ausführlichen Ausführungen niedergelegt.

Der Bundesvorstand und der Bundesauschluß des ADGB bringen ihre Stellungnahme zum Arbeitsrecht in folgender Entschließung zum Ausdruck:

Der erste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nimmt die Resolution des Referenten Prof. Dr. Singheimer (Frankfurt a. M.) zu den vorstehenden Tagesordnungspunkten im allgemeinen zu und fordert, daß Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften das neue Arbeitsrecht im Sinne der hier niedergelegten Grundätze baldmöglichst verwirklichen.

Das neue Arbeitsrecht soll die Einheit der Arbeitsgesetzgebung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Ausdruck bringen und deshalb sowohl in einheitlichem Geiste aufgebaut als auch unter einheitlicher Verwaltung geführt werden. Insbesondere schließt sich der Kongreß der Forderung des Vortragenden an, daß die Arbeitsgerichte unabhängig von den ordentlichen Behörden und unter der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums errichtet werden.

Soweit bis zum Abschluß des Arbeitszeitgesetzes für einzelne Materien der Weg der Spezialgesetzgebung nicht zu vermeiden ist, müssen diese Spezialgesetze den gleichen Grundätzen sozialer Zwecksetzung und Selbstverwaltung entsprechen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums scheint nicht geeignet, das künftige Einheitsarbeitsrecht anzubahnen. Sie sind von bürokratischen Verwaltungsgedanken getrieben und suchen die freie Betätigung durch Zwangseingriffe der Behörden zu erzwingen.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf einer Schlichtungsordnung ist geeignet, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer durch Schlichtungszwang und Haftungsbedrohung zu unterbinden. Der Kongreß lehnt jeden Zwang zur Annahme der Schlichtungsinstanzen ab, da die Gewerkschaften von Willens sind, die Gewähr zu übernehmen, daß alle Schlichtungsmöglichkeiten ohne Eintritt in Arbeitskämpfe erschöpft werden. Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes befremdet sowohl durch den bürokratischen Aufbau der Arbeitsnachweisbehörden als auch durch den Verzicht auf Meldepflicht und Ueberführung der nicht gewerblichen Arbeitsnachweise, insbesondere der Arbeiterverbände und Angestelltenorganisationen in den öffentlichen Arbeitsnachweis, und durch die völlig unverständliche Schonung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen. Eine solche Regelung des Arbeitsnachweises ist unvereinbar mit dem einheitlichen Gedanken des künftigen Arbeitsrechts und ist daher abzulehnen.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sowie der Angestellten lassen das Bestehen erkennen, die Arbeitszeitregelung für die verschiedenen Arbeitnehmerkreise zu spezialisieren und zu differenzieren. Vor allem wird in diesen Entwürfen der gesetzliche Kraftentzug durch ein mehreres System von Ausnahmen derart durchlöchernd, daß die achtstündige Arbeitszeit selbst zur Ausnahme werden wird. Der Kongreß erhebt gegen diese Art von Gesetzgebung den entschiedensten Widerspruch und fordert ein einheitliches Gesetz für alle Arbeitnehmer, das den Kraftentzug als Höchstmaß der Tagesarbeitszeit anerkennt. Unter besonderer Voraussetzung ist für bestimmte Berufe eine kürzere Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. Ueberarbeit darf nur zulässig sein, soweit die Verbände

der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich darüber vorerst tariflich verständigen.

Der Gewerkschaftskongress wagt dringend auf diesem Wege der Arbeitsregulierung fortzuschreiten, der sich von dem Ziel eines zeitgemäßen und einseitigen Arbeitsrechtes weit entfernt und schwere Konflikte mit den Arbeiterorganisationen auslösen muß.

Der Gewerkschaftskongress appelliert an alle Gewerkschaften, um dem Aufbau eines neuen Arbeitsrechtes im Sinne der einseitigen erwählten Leitlinie mitzuwirken und erwartet von den Arbeitervertretern, daß alle gesetzgebenden Körperschaften keinem Gesetzentwurf zustimmen, der errungene Arbeiterrechte preisgibt oder den Aufbau eines einseitigen und wirklich sozialen Arbeitsrechtes erschwert.

In der Debatte über das Referat Singheimers spricht G. n. d. r. l. e. (Metallarbeiter) über die Gedanken des Wissenschaftlers und Ethikers und stellt ihnen die Politik der Kommunisten gegenüber.

Im Vortr. begründet die Resolution des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses. Die Entschließung der Kommunisten enthält keinen Hauch von Kommunismus, sondern sei elender Utilitarismus auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes. Die Aussprache, an der sich je ein Vertreter der Bäcker und Metzger beteiligen, wird nach kurzer Dauer durch einen Schlußantrag beendet.

In seinem Schlußwort betont Singheimer, seine Forderung nach einer einseitigen Arbeitsbehörde bedeute nicht, daß die Verwaltung und Rechtsprechung in einer Person, wohl aber in einer Behörde zusammengefaßt werden. Die Arbeitsbehörde wolle die lebendige Arbeitsgemeinschaft aller jener sein, die in der Arbeitsverwaltung und Arbeitsrechtsprechung tätig sind. Den Kommunisten erwidert Dr. Singheimer, daß man mit Macht allein keine Politik treiben könne. Das sei Ludendorfferei. Wenn man die Macht hat, so fährt der Redner fort, muß man auch wissen, was man damit anfangen will.

Darauf tritt der Kongress in die Mittagspause ein.

Nachmittagsküstung

In namentlicher Abstimmung wird ein Zusatzantrag zur Entschließung des Bundesvorstandes und Ausschusses, in dem gefordert wird, daß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Durchführung der Schlichtungsordnung verwirklicht werden muß, abgelehnt. Die Resolution des Bundesauschusses mit der Forderung, daß Arbeiterarbeit nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig sein soll und daß an den Beschäftigten des Kongresses von Rom in Bezug auf das Arbeitsrecht in den nächsten Tagen festgehalten wird, wird gleichfalls angenommen. Angenommen werden weiter zwei Anträge der Eisenbahner, die Geltung des Grundgesetzes „kein Streikrecht ohne Streikrecht“ auch für die Beamten des Reiches anzuerkennen. Dann spricht der Kongress den Textilarbeitern, die bereitstehen, den Anschlag auf die 48 Stundenwoche der Unternehmer abzuwehren, seine Sympathie aus.

Während erregt Genosse Wiffel das Wort zu seinem Referat über

Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte.

Wiffel führt u. a. aus: Wir stehen erst am Anfang der wirtschaftlichen Neuordnung. Unser Ziel ist einen Wirtschaftszustand zu schaffen, in dem keine Arbeitskraft gekauft, kein Lohn gezahlt und Profit gemacht wird. Der Arbeiter muß Herr seiner Arbeitskraft, Herr des Arbeitsprozesses und Herr des Arbeitsergebnisses sein. Gegen die Arbeitsgemeinschaften werden heute dieselben Argumente geltend gemacht, die man vor zwanzig Jahren gegen die Tarifverträge ins Feld führte. Der tiefere Sinn der Wirtschaftsgemeinschaft ist, die Arbeiter als Gleichberechtigte an der Wirtschaftsgemeinschaft teilhaben zu lassen. Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einen Tisch zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Feinde. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausdruck eines Mangels an Vertrauen, den die Unternehmern geistig gewonnen zu sein. (Widerpruch der Unabhängigen.) Gerade diejenigen, die kein Vertrauen in ihre eigene Kraft haben, haben alle Verantwortung. Heute heranzubilden, die sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumführen lassen. (Lebhafter Beifall.) Nicht einzelne, sondern die ganze Arbeiterklasse muß befähigt werden, den Klassenkampf zu führen.

In Bezug auf die Wirtschaftsräte fordert Redner die Erfüllung der Verfassungsbestimmungen. Der Artikel 165 der Reichsverfassung bedeutet eine eroberte Stellung, die ausgebaut werden muß.

Jugend und Sport

Spielleiter-Konferenz. Morgen Sonntag, vormittags 8 Uhr, findet in Karlsruhe (Gambriushalle) eine Spielleiter- und Schiedsrichterkonferenz des ganzen Bezirks statt. Auf der Tagesordnung steht: „Klasseneinteilung“. Jeder Verein muß vertreten sein. Das Fehlen eines Vereins kann Ausschluß aus der Serie zur Folge haben. — Nachmittags 3 Uhr findet in Aue das Spiel der beiden Leipziger Mannschaften statt.

Gerichtszeitung

1. Ein „feines Weinken“ brachte der Landwirt Georg Martin Koch aus Bahlingen als angeblichen Traubenwein in den Handel. Derselbe bestand aus einem Gemisch von Tresterwein und Obstwein, zur Erzielung einer besseren Farbe waren dem Weine kleine Kirzchensteine beigegeben. Das Schöffengericht in Emmendingen verurteilte Koch wegen Vergehens gegen das Weingesetz zu 3000 M. Geldstrafe. Seine Berufung wurde von der Freiburger Strafkammer verworfen.

1. Freiburg, 10. Juni. Der Pferdehändler Abraham Judas aus Thringen, der Rube und Rinder aufkaufte und sie mit erheblichem Profit weiterveräußerte (400 bis 100 M. pro Stück), wurde durch einen antiseriellen Strafbescheid wegen Viehdiebstahl und Kettenhandeln mit 10 000 M. oder 100 Tagen Gefängnis bestraft. Das hiesige Bundesgericht hat in seiner heutigen Sitzung die Einsprache des Judas abgewiesen, so daß

der Strafbescheid rechtskräftig geworden ist. — Ein Alterer, verheirateter Landwirt aus Eschbach bei Strögen, der in der Absicht nach Freiburg gekommen war, ein galantes Abenteuer zu erleben, wurde in einer verächtlichen Kneipe in der Altstadt seiner Brieftasche mit etwa 4000 M. Inhalt beraubt. Der Landwirt war zuvor von einer Beherbergungsgesellschaft, die es auf seine Gespinnne Brieftasche abgesehen hatte, betrunken gemacht worden. Derjenige, der die Brieftasche erbeutet hatte, der „Arbeiter“ Hugo Eich, ein vielfach vorbestraftes Subjekt, erhielt heute vom Schöffengericht ein Jahr, seine dabei beteiligte Frau zwei Monate Gefängnis. Drei Helfer, von denen jeder 150 M. des geraubten Geldes abgenommen hatte, erhielten Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zehn Tagen.

Kleine badische Chronik

Esch, Muggenturm. Morgen Sonntag, 25. Juni, findet hier das Gruppen-Turn- und Sportfest statt. Der festgebende Verein Arbeiter-Turn- und Sportverein „Harmenie“ wird alles aufbieten, um den Besuchern einige schöne Stunden zu bereiten. Ein schöner festlicher Festzug wird beim Dorf im Vordergrund, um die Teilnehmer zu befriedigen. Für das leibliche Bedürfnis sorgt der Verein selbst. Wer in ein Gasthaus einkehrt, geht dorthin, wo auch der „Vollstreckend“ aufsteht, das sind die „Sonne“, das „Lamm“ und „Kreuz“. Also, auf kommenden Sonntag nach Muggenturm. Seibenberg, 22. Juni. Heute nachmittag wurde gegenüber dem Rechtsanwaltschaftsamt Dr. Kaufmann in seinem Büro in der Hauptstraße ein Mordversuch verübt. Ein Landwirt aus Sandhausen kam zu Dr. Kaufmann, um von ihm die Handballen eines Prozesses zurückzubekommen. Während Dr. Kaufmann die Hand aus einem Fach zu nehmen suchte und sich bückte, gab der Landwirt einen Schuß auf ihn ab, der jedoch das Ziel verfehlte. Ein zweiter Schuß ging durch die Wunde und blieb in der Leiche stecken. Dr. Kaufmann schrie hierauf energisch zur Wehr und im Gegenangriff feuerte der Landwirt noch einen dritten Schuß ab, der ebenfalls fehl ging. Auf die Hilfe des Angegriffenen und herbeigelaufen durch die Schiffe, gelang es dem herbeieilenden Photographen Herbst und dem Angegriffenen, den Täter zu überwinden und zu entwaffnen. Polizeibeamte führten den Revolverbesitzer ab. Angeblich soll das Motiv zur Tat in der Kränkung des Landwirts über einen verlorengegangenen Prozeß zu erblicken sein. (R. V. Landeszg.)

Ballbären 22. Juni. Das zwölfjährige Kind des Bahnarbeiters Baas ist am Bahnhofs in einem tangierenden Zug, wurde überfahren und getötet.

Siedach (Bez. Weisheim), 22. Juni. Überfahren ließ sich heute im Zustande von Schwermut ein Bahnarbeiter von einem Zuge. Er war schwer tot.

Siedach, 22. Juni. Brand. In der Leinwandfabrik Germeide Orlingen ist das Haus der Witwe Siedach und Siedach sowie das Haus der Witwe Emilie Fritsch niedergebrannt. Das Vieh konnte gerettet werden, von dem Inventar dagegen nur sehr wenig. Bei den Rettungsarbeiten beteiligte sich der Landwirt Anton von Driel in hervorragender Weise. Infolge der Leberarbeit erlitt er jedoch einen Herzschlag und wurde so ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft.

Mauborn, 22. Juni. Gestern mittag brannte in der Wismutniederlage eine Scheuer nieder, in der Stroh- und Holzportale untergebracht waren und die der Löwenbauerei in Freiburg gehört, vollständig nieder. Das Feuer wurde durch herumtreibende Kinder veranlaßt.

Tauschhofheim, 22. Juni. Vorgeschiedliche Aufräumarbeiten werden a. H. im Postwald unter Leitung des Privatgärtner Dr. W. H. Seibenberg vorgenommen. Am ersten Tage wurden 3 Schadel, verschiedene Knochenteile und eine tierische Urne vorgefunden. Vermutlich stammen die Funde aus einer Zeit von etwa 1000 Jahren vor Christus.

6. Vom Bobenseer, 22. Juni. Das Finanzamt Strögen hat gegen den Inhaber der Firma Freund u. Co. (Konfektion und Schuhwarenhandel) J. J. S. in Strögen wegen vorläufiger Hinterziehung der Einkommen- und Umsatzsteuer auf eine Geldstrafe von 600 000 M. erkannt und das Urteil auf Kosten des Zurückhaltenden veröffentlicht. — Im „Lageblatt“ in Siedingen ist folgendes Inserat veröffentlicht: „Infolge der fortwährenden enormen Preissteigerungen für Mittag- und Abendessen der hiesigen Soldaten suchen einige alleinstehende Herren hier eine ständige Pudding-Küche (eventuell Dauerlieferung). Belegene Bewerberinnen wollen sich alsbald unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bei der Geschäftsstelle melden. Familienanschluss ist nicht ausgeschlossen. Näheres stellt mehrere Jungfrauen von Siedingen.“

Die „höhere“ Tochter und das Unterrichtsministerium

Ein merkwürdiger Konflikt spielte sich am Gymnasium in Karlsruhe ab, der dadurch eine über den lokalen Rahmen hinausgehende Bedeutung bekam, daß das Unterrichtsministerium sich der Angelegenheit annahm und sie zu einer Erleuchtung zu bringen versuchte, die den Widerspruch nicht nur der gesamten Lehrerschaft, sondern auch der gesamten einseitigen Elternschaft finden dürfte. Eine Schülerin des genannten Gymnasiums, die Tochter des Oberamtsrichters G. m. l. e. in Karlsruhe, befand sich in einer durch aus ungezogenen, frechen Weise. Es stellte sich heraus, daß das Verbrechen in seinem Verhalten eine Stütze bei ihren Eltern fand. Sowohl der Papa Oberamtsrichter wie auch die Mama vertreten der Direktion des Gymnasiums wie auch dem Lehrer gegenüber die Ansicht, daß das Fräulein Tochterlein nicht verpöchtelt sei, die Lehrer zu grüßen; das gnädige Fräulein sei ein ausgezeichneter Mädchen, eine Dame, so meinten die Eltern. In der Sache Oberamtsrichter erklärte, er habe selbst seine Tochter angewiesen, welche Lehrer zu grüßen seien und welche nicht! Die Lehrerschaft und die Anstaltsleitung hatten für diese Erziehungsmaßregeln des Oberamtsrichters Papas und die Mama kein Verständnis, sie erklärten, Schüler ist Schüler und Schülerin ist Schülerin, also gilt für alle der § 19 der Schulordnung, wonach alle Schüler ein gefittetes und anständiges Betragen in- und außerhalb der Schule an den Tag zu legen haben und jeder Schüler sämtliche Lehrer der Anstalt zu grüßen hat. Dem eingebildeten Oberamtsrichters Tochterlein sollte, nachdem es vorher vom Klassenlehrer bemerkt worden war, auf einstimmigen Beschluß der Gesamtlehrerschaft ein Verweis durch den Anstaltsvorstand vor der Klasse erteilt werden.

Aber wozu hat ein solcher Oberamtsrichter-Papa gute Freunde im Karlsruher Ministerium für Erziehung? Wozu ist man besonders gut befreundet mit dem Herrn Ministerialdirektor Schmidt? Herr Oberamtsrichter G. m. l. e. wandte sich also an seinen Karlsruher Freund Schmidt. Nun nahm die Sache eine andere Wendung. Herr Geh. Reg. Rat Kunze nahm kürzlich die Abiturientenprüfung ab; zu der Prüfung erschienen auch Herr Oberamtsrichter G. m. l. e. — natürlich nicht als Prüfling, wie man vielleicht aus seinem merkwürdigen Verhalten schließen könnte, sondern als Vertreter der Anstalt gegen die Lehrerschaft. Und da geschah schon das erste Unglaubliche: Herr Geh. Reg. Rat Kunze meinte, die Lehrer sollten die älteren Schülern doch zu harter Zucht und sie wandte sich nicht überreicht an das Ministerium für Erziehung, Unterricht und Kultus mit der Bitte um Weisung, wie die Lehrer der Anstalt in Zukunft es mit den älteren Schülern bezüglich des Größtens halten sollen. Die Direktion mußte offenbar nicht, daß der Oberamtsrichter-Papa seinerseits schon mit Briefen an seinen Freund Schmidt „vorgearbeitet“ hatte! Sie erfuhr es aber dann durch die Anstalt, die folgenbemaßen lautet:

- 1. Das Verhalten des Lehrers war unordentlich und entspricht nicht dem eines Lehrers.
2. Den jüngeren Lehrern wird nahegelegt, nicht erst auf den Geh. Reg. Rat zu warten, sondern gleichzeitig, wenn nicht vorgezogen wird, überhaupt zuerst zu grüßen.
3. Die von der Konferenz ausgesprochene Strafe wird aufgehoben und ist rückgängig zu machen.
4. Vom Lehrerkollegium ist nochmals in Erwägung zu ziehen, ob die Verlobung für gute Zeugnisse, die der Schülerin G. m. l. e. durch ihres Benehmens vorenthalten wurde, nicht noch nachträglich erteilt werden könnte.
5. Der Direktion wird anheim gelegt, den § 19 der Schulordnung mit Hinzuziehung des Elternrats in entsprechender anderer Fassung zu bringen.
6. Wollten wir unbillig sein, so könnten wir bezüglich der Juristen in der die in Gerechtigkeit machen, und die Juristen im Unterrichtsministerium, die in der Erziehung herumkurven, das bekannte Beispiel von der Straße und dem Augenarzt anwenden. Wir wollen aber höflich sein und zu dieser ungläubigen Entschuldigend einer Erziehungsbehörde nur bemerken: Die Tochter des Lehrers Oberamtsrichters hat da in den Karlsruher Behörden die Maximaler gefunden, die eine Arbeiter-tochter dort sicher nicht gefunden hätte, wobei wir aber betonen möchten, daß die Tochter eines Arbeiters wohl nie in die Lage kommen dürfte, die Maximaler der Karlsruher Erziehungsbehörden anzurufen — weil sie nämlich besser erzogen ist, wie hochwürdige Oberamtsrichter. Und außerdem ist bemerkt: Wer den Papst zum Vater hat, dessen Tochter ist immer eine Dame!!

Das Lehrerkollegium des Gymnasiums zeigte aber Mitleid gegenüber dem handlungslosen Karlsruher Erzieher; es lehnte einmütig die vom Erziehungsministerium gewünschte Verlobung der G. m. l. e. ab. Und der Elternrat des Gymnasiums beschloß, daß der § 19 der Schulordnung nicht geändert wird, und daß nach wie vor Schülerinnen gleich welchem Alters sämtliche Lehrer zu grüßen haben. Über den weiteren Verlauf des Streits kann man gespannt sein. Das kann man aber jetzt schon feststellen: Die unberufenen Karlsruher Erzieher haben da von dem Karlsruher Erzieher eine rechtliche Unterrichts- und Erziehungsaktion erhalten. Wie bescheiden aber, daß selbst dieser Aktion irgend welcher Erfolg beschieden sein wird.

Erster Verbandstag des Zentralverbandes der Invaliden

In Braunau lagte letzte Woche der 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands der sehr gut besucht war. Aus dem Geschäftsbereich des Vorsitzenden L. u. e. b. u. g. Berlin war zu entnehmen, daß der Verband gute Fortschritte gemacht hat und trotz seines geringen Bestandes 120 000 Mitglieder zählt. Hauptgeschäftsführer G. m. l. e. s. a. m. b. o. n. konnte über konsolidierte Finanzverhältnisse berichten. Redakteur G. m. l. e. Berlin sprach über die Presse. Die „Invaliden-Ztg.“ hat eine Auflage von 120 000. An die Berichte schloß sich eine längere Diskussion an, die sich in der Hauptsache mit internen Organisationsangelegenheiten befaßte. Reichstagsabg. K. a. r. t. e. hielt einen Vortrag über „Soziale Gesetzgebung“. Er forderte die Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung, wozu der Druck der Invaliden durch ihre Organisation notwendig sei. Resolutionen, die an das Reichsarbeitsministerium, sowie an das Internationale Arbeitsamt geleitet werden, enthalten die Forderungen der Invaliden.

W. l. e. r. e. b. e. r. l. e. sprach über „Das Verhältnis zu den Gewerkschaften“. Redner äußerte die Ansicht, die Organisation der Invaliden in jeder Hinsicht zu unterstützen. Auch die Invaliden müssen sich gewerkschaftlich organisieren. Nach langem Debatten fand eine dementsprechende Resolution einstimmige Annahme. — Verbandsvorsitzender L. u. e. b. u. g. sprach über „Soziale Fürsorge“. Redner betonte, die mangelhafte Organisation in der sozialen Fürsorge und legte Verwahrung dagegen ein, daß der Begriff „Armut“ noch eine Rolle spiele und den Invaliden nur deshalb geholfen werden sollte, weil sie „arm“ seien. Für eine gute soziale Fürsorge könne nur ein System dienen, wie es bei den Kriegsbeschädigten anzutreffen ist. Am fünften und letzten Tage befaßte sich der Verbandstag hauptsächlich mit organisatorischen Angelegenheiten, insbesondere

Karlsruher Wohnungsmarkt

mit antilager Vorbringlichkeitsliste und Wohnungs-Anzeigen — neueste Ausgabe — erliegen. Einzelnummer Mk. 2.— Geschäftsstelle des „Volksfreund“

Persil advertisement with image of a box and text: 'das selbsttätige Waschmittel von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht. Wäscht mühelos, schnell und billig! Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE, DÜSSELDORF. auch des „Henko“: Henkel's Wasch- und Bleich-Soda. Preis das Paket Mk. 12.—'

Stadtgarikonzerte. Am kommenden Sonntag, den 25. Juni, wird die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe unter Leitung des Dirigenten O. Leonhardt jr. unter dem Motto „Musikalische Blumenlese“ ein Konzert veranstalten, das allen Konzertbesuchern etwas zu bringen verspricht.

Babische Kunsthalle. Am Sonntag, den 25. Juni, werden die neugeordneten Räume eröffnet, in denen die Werke der holländischen und französischen Schulen untergebracht sind. — Vom selben Tage an sind auf etwa vier Wochen die Werke der Malerei des 19. Jahrhunderts in einer vorläufigen Anordnung zugänglich. Der Zugang zu dieser sog. modernen Abteilung erfolgt zweifach von der Rückseite des Gebäudes (Thomas-Museum).

Städt. Konzerthaus. Als Eröffnungsvorstellung der Operntelviertel gelangt die Operette „Mit Wien“ zur Aufführung. Die Musik dieses reizenden Werkes das im Wiedererfinden die herrlichen und gemütlichen Weisen des Balzer-Altmeisters Josef Lanner zu einem herrlichen musikalischen Strauß von Emil Stern zusammengestellt gibt dem überaus begabten Inhalt jenes Operette, das inszeniert ist, eine gemütliche, wohlige Stimmung bei dem Zuschauer zu erzeugen, zumal die sentimentalen Szenen in gekleideter Form mit den humoristischen abwechseln.

Landestheater. In der am Sonntag, den 25., zum vierzigjährigen Bühnenjubiläum des Kammerjägers Max Wittmer stattfindenden Aufführung von Wagner's „Meistersinger“ wird die Gilde von Alpenburg-Eberbach vom Stadttheater in Baden als Gönner aufgeführt.

Die Mühselstunde

Die unserer heutigen Ausgabe beiliegende Nummer der 25. Woche der „Mühselstunde“ hat folgenden Inhalt: Sommermenschen; Die beiden Schacheln; — Sonnen auf der Wanderschaft; von Bruno S. Büchel. — Für unsere Frauen: Sommernachmittag; von Klara Müller-Nahse. — Der Vormund; von Hermann Kirsch. — Was Kinder verschlucken; — Aus Welt und Wissen — Drei lustige Tiroler Meisterin — Rätsel — Witze und Humor

Valuta-Bericht vom 23. Juni

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1,50 Frs. Auszahlung Holland notierte etwa 127,50 fl. per Holl. Guld.; Schweiz notierte etwa 62,00 Sfr. per Schw. Fr.; England notierte etwa 140,20 Sfr. per Pf. Sterl.; Frankreich notierte etwa 283,20 Sfr. per frz. Fr.; Neuseeland notierte etwa 381,50 Sfr. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. Juni

Vorwiegend wolkige Witterung; Vorstern noch wolkig, bereingt etwas Regen, mäßig kühl, vorübergehend auflockernd und wieder etwas wärmer.

Wasserstand des Rheins

Schiffersfeld 200, Gef. 8; Neßl 376, Gef. 6; Wagon 579, Gef. 47; Mannheim 516, Gef. 33 Zentimeter.

Die Fremdensteuer im Haushaltsausgleich

Mit einem deutschnationalen Antrag, der verlangt, daß die Gebühr für die Aufenthaltserlaubnis der Ausländer von 4000 M auf 20000 M erhöht werden, sowie mit einer Eingabe aus St. Blasien, die gegen die Erhebung dieser Gebühr sich am Freitag im Anschluß an die Plenarsitzung der Haushaltskommission, Vorsitzender Abg. Dr. Schmitt (Ztr.), stellte den Antrag, der Eingabe von St. Blasien nicht näher zuweihen, die Fremdengebühren jedoch der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen.

Der Minister des Innern äußerte sich hierzu eingehend. Er wies zunächst darauf hin, daß die Erhebung einer Wismungsgebühr zum Zweck der Regelung des Fremdenverkehrs seit 1919 in Bayern durchgeführt ist. Württemberg habe eine ähnliche Regelung, allerdings mit dem Unterschied, daß den Oberämtern eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen sei, wodurch es vorkomme, daß die eine oder andere Stadt dieses Landes diese Wismungsgebühr nicht erhebt. Die badische seit 18. Mai getroffene Regelung gleiche der bayerischen. Wie aus Schweizer Meldungen zu entnehmen war, haben im letzten Jahre auch Frankreich und Belgien aus gleichen Beweggründen mit solchen Gebühren den Fremdenverkehr zu regulieren versucht. Im übrigen ist es nicht richtig, wenn man behauptet, die Erhebung dieser Wismungsgebühr gebe dem Ausland Veranlassung, gegen den badischen Staat Propaganda zu entfalten. Solange man im Ausland weit, in Deutschland läßt es sich billig leben, wird man sich von der Notlage Deutschlands nicht überzeugen lassen wollen. Die gegen einen allzu starken Ausländerverkehr getroffene Regelung aber wird dem Ausland zum Bewußtsein bringen, in welcher großen Not man in Deutschland steht. Nur der Valutareise wird sich geschädigt sehen; der ausländische Ausländer dagegen, der es ablehnt, sich von dem verarmten Deutschland erlösen zu lassen, wird sich an der Wismungsgebühr nicht hängen. Gegen den Besuch Deutschlands agitierten im Ausland die Hotelbesitzerungen, denn dieselben wollen eben ihre einheimische Bevölkerung im Lande behalten. hätte die badische Hotelindustrie und hätte der badische Verkehrsverein über die Erhebung der Wismungsgebühr weniger Bedenken geäußert, denn würde man im Ausland nicht von diesen habe nachdrücken können. Die württembergische Geschäftsstelle benimmt sich in solchen Dingen viel kühler. Besonders wichtig aber ist die Tatsache, daß die Beschwerden der Ausländer sich im wesentlichen gegen die von der Geschäftswelt ihnen gegenüber gemachten Aufrechnungen richten; der Ausländer verlangt nicht die ihm nur geltenden Zuschläge. Grundfalsch aber ist die Behauptung, der Ausländerverkehr habe infolge Einführung der Wismungsgebühr abgenommen. Die Abnahme des Fremdenverkehrs geht auf Kosten der Deutschen, die der hohen Reisepreise wegen in immer größerem Maße Sommerreisen nicht mehr ausführen können.

Die Gesamtfrequenz des Kurorts Baden-Baden belief sich im Mai 1919 auf 4733, im Mai 1920 auf 7784, im Mai 1921 auf 10885 und im selben Monat dieses Jahres auf 9103. Unter diesen Besuchern befanden sich im Jahre 1919 157 Ausländer, im nächstfolgenden Jahre 220, im Mai 1921 1196 Ausländer und im Mai dieses Jahres 2781 Ausländer. Die Frequenz der Deutschen in Baden-Baden von 1921 bis zum Mai 1922 ging somit auf 6322 im Mai dieses Jahres zurück, während die Ausländerfrequenz von 1196 auf 2781 sprang. So wie in Baden-Baden gestaltete sich die Situation auch in den übrigen Kurorten. Das deutsche Beamtentum und der Mittelstand müssen in diesem Jahre auf den Besuch solcher Kurorte verzichten. Die Interessenten, welche so sehr über die Schädigung des Ausländerverkehrs klagen zu führen wissen, haben noch kein Wort des Bedauerns über die schwere Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch Deutsche zu erheben. Bereits im April ds. Js. hat der Stadtrat von Weibersheim mit Rücksicht auf die große Knappheit an möblierten Zimmern und auf den großen Zustrom von Ausländern beschließen müssen, daß möblierte Zimmer und möblierte Wohnungen nur mit besonderer Genehmigung an Ausländer vermietet werden. Die Genehmigung wird im allgemeinen nur erteilt, wenn es sich um Studierende der Universität oder um ärztlich behandelnde Kranke handelt.

So wie dieser Vorgang, zeigten sich eine ganze Reihe anderer Merkmale, auf welche die Regierung gebührend Rücksicht zu nehmen hatte, wenn nicht an den Fremdenverkehrsstellen sich neue Revolutionen der arbeitenden Bevölkerung Luft verschaffen sollten. Die in Frage kommenden Bezirksämter Badens, welche in den letzten Tagen über ihre Beobachtungen des Fremdenverkehrs Bericht zu erstatten hatten, haben übereinstimmend gemeldet, daß von einer bemerkbaren Abwanderung der Ausländer aus den Kurorten gar keine Rede sein könne. Baden-Baden, dessen Interesse besonders in Frage stehen soll, hat am 21. Juni mit 36 600 Besuchern in diesem Jahre bereits 3000 Besucher mehr als am gleichen Stichtage des Vorjahres. Dieses Mehr von 3000 gewinnt besondere Bedeutung im Hinblick auf den Rückgang des Besuchs durch Deutsche. Nach Meinung der Bezirksämter führen sich die Ausländer durch die Erhebung der Wismungsgebühr viel weniger gelöst, als durch die für Ausländer zurecht gestufte besondere Behandlung seitens der Geschäftswelt. So lange die Wismungsgebühr nicht eingeführt gewesen war, haben die Preise und der Landtag von der Regierung durch Maßnahmen gegen die Überfüllung des Landes durch Ausländer gefordert, weil man in ihnen mit ein preisverdrängendes Element erblickte. Nunmehr die Regierung diesen Forderungen Rechnung getragen hat, zeigen sich die entsprechenden Widerstände. Die Regierung wird mit Aufmerksamkeit zu beobachten sein, ob durch die Wismungsgebühr das Sozialverhältnis der Kurorte sich nicht ändert, wie sie andererseits die Absicht hat, mit der Schärfe weiter hinzuzugreifen, wenn die Mark sich weiterhin verschlechtern sollte. Den Vorlägen des Hotelgewerbes auf Umgehung der Gebühr zu einer Steuer und auf Durchführung einer anderen Erhebungsart kann das Ministerium aus staatsrechtlichen Gründen nicht beitreten.

In der nun einsetzenden Debatte äußerten sich die Vertreter aller Parteien. Am es gleich einmütig festzustellen; sie stimmten sämtlich den Maßnahmen der Regierung zu, wenn sie auch in einzelnen den Fremdenverkehr und die Lage des Hotelgewerbes verschieden beurteilten und andere Erhebungsarten der Fremdensteuer umwünschten. Der Minister versprach auch, nach der Richtung hin etwaige Beschwerden zu prüfen. Zum Schluß wurde die Eingabe der Stadtgemeinde St. Blasien der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben.

Die deutschnationalen Partei dankte dem Minister für die Veranlassung. Der Ausländer solle wenigstens soviel bezahlen, daß die für ihn aufzubringenden Kosten bestritten werden. Der Landtagsvertreter begrüßt die Maßnahmen der Regierung vom Standpunkt der Landwirte aus. Die Zentrumvertreter sind ebenfalls mit der Regierungsverordnung einverstanden und weisen nur auf die Stimmen französischer Blätter hin, nicht nach Deutschland bzw. Baden-Baden zu gehen. Schwierigkeiten dürften den Fremden bei den einzelnen Bezirksämtern nicht gemacht werden. Von 1914—1921 sei die Fremdenindustrie nicht günstig gestellt gewesen. Auch das Gewerbe profitiere durch die Ausländer. Ähnlich äußerten sich auch die Demokraten. Sie verweisen auf außerbadische Orte, in welchen Kurorten nicht erhoben werden, billigen aber auch die sog. Fremdensteuer. Nur dürfe das badische Hotelgewerbe nicht zugunsten des Hotelgewerbes anderer süddeutscher Länder benachteiligt werden. Die Fremdenabgabe müsse eben überall erhoben werden. Veranlassungen der Fremden an behördlichen Stellen seien zu vermeiden.

Der sozialdemokratische Vertreter weist auf den Umstand hin, daß von Hotels die Lebensmittel auf gekauft und diese dadurch für die anderen Bevölkerungsteile verteuert würden. Daher auch die Generalschaft der Arbeiter gegen die Hebung der Wismungsgebühr durch Ausländer. Der Erhebung der Gebühren, entsprechend der Valuta, stimme er zu. Die Hotel- und Fremdenindustrie sei ein verbrauchende, keine produzierende Industrie und bringe zudem manche moralische Schäden mit sich. Man erinnere sich nur an manche Vorgänge auf der Eisenbahn. — Der unabhängige Vertreter erinnert an die Protestversammlungen der Arbeiter in Trieburg und anderen Schwarzwaldböden. Den Empfehlungen der Arbeiterpartei müsse Rechnung getragen werden. — Der deutschliberale Vertreter bemerkt, es bestehe auch die Gefahr, daß Baden-Baden und Badenweiler bald keine Kurorte mehr seien. In württembergischen Hotels soll es aber keine Kurorte geben.

Der Minister äußerte sich zu den aufgeworfenen Fragen und ergänzte dann auf den Einwand hin, daß die Frequenzsiffern von Baden-Baden vom Mai der betreffenden Jahre für die Betrachtung nicht stichhaltig genug seien, seine Angaben mit den jeweiligen Siffern vom 1. bis 18. Juni. Im Jahre 1919 waren in dieser Zeit unter 2918 Kurfremden 93 Ausländer, im Jahre 1920 auf 3568 Kurfremde 319 Ausländer, im Jahre 1921 auf 6276 Kurfremde 536 Ausländer und in der gesamten Zeit dieses Jahres entfielen auf 5367 Kurfremde 2908 Ausländer. Nach Pfingsten nimmt bekanntlich in Baden-Baden der Kurbetrieb immer mehr ab, um sich gegen Ende Juli wieder wesentlich zu erholen. Somit Ausländer in Frage kommen, war das nach etwa vierwöchentlich Beobachtung trotz Einführung der Wismungsgebühren in diesem Jahre nicht der Fall. Es ist das diesjährige Erziehung, wie sie der Münchener Volkspräparand beobachtet, der dieser Lage gelegentlich auf eine an ihn dahin gestellte Anfrage erklärte, es sei richtig, daß die Fremdenindustrie in Baden nachgelassen habe; diese Erziehung sei aber nicht auf die Erhebung der Taxen zurückzuführen, sondern auf die hohen Hotelzimmerpreise, gegen die sich auch zunächst die Propaganda im Ausland gerichtet habe. In München hätten die Hotels große Erweiterungsarbeiten durchgeführt, etwa 1300 neue Zimmer seien gewonnen worden. Daraus stelle sich heraus, daß die Hoteliers auf Anfrage hin lediglich den Zimmerpreis angaben, sobald dann der Fremde überachtet davon ist, dazu noch den Fremdenreisepreis und das Frühstück bezahlen zu müssen. Zimmerpreise von 1200 M seien keine Seltenheit. Dagegen richte sich die Erziehung. Im übrigen sei zu beobachten, daß der größte Teil der Auslandsreisenden jetzt sogenannte Valutareisende seien. Die kapitalstärksten Ausländer hielten sich sehr zurück; diese scheuten sich, die Not Deutschlands auszunutzen. Der Ausländerverkehr habe sich gegenüber

Freiheitszeiten sehr vermindert. Die kleineren Hotels seien überfüllt, die mittleren, namentlich aber die großen Hotels dagegen hätten infolge der hohen Zimmerpreise einen Ausfall. Damit war die Behandlung der Angelegenheit erledigt. Der deutschnationalen Antrag wurde in entsprechender Auslegung angenommen und die Eingabe der Gemeinde St. Blasien der Regierung übergeben.

Letzte Nachrichten
Die Finanznot Berlins

Berlin, 23. Juni. Nach einer vom Kommerz der Stadt Berlin im Haushaltsausschuß vorgelegten Uebersicht über den städtischen Haushaltskonten von 1922 steht einer Mehrausgabe von 855 Millionen Mark keine entsprechende Mehreinnahme gegenüber. Es bleibt im städtischen Haushalt ein Fehlbetrag von 845 Millionen Mark ungedeckt. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung in Anbetracht dieser Sachlage eine Erhöhung der Grund- und Grundsteuer auf das dreifache zugestimmt, ferner ab der Magistrat in der Lage ist, durch Zuschläge zur Gewerbesteuer, zur wirtschaftlichen Verwaltung der städtischen Güter, durch Erhöhung der städtischen Gebühren den Fehlbetrag zu decken.

Aus dem sächsischen Landtag
Dresden, 23. Juni. Bei der gestrigen Beratung des Finanzetats im Landtag gab die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab, in der sie ihre Bereitwilligkeit betont, dem Finanzetat zuzustimmen und die sozialistische Regierung zu unterstützen. Die SPD. fordert die beiden sozialistischen Parteien auf, gemeinsam die Auflösung des Landtags vorzunehmen und in geschlossener Front für die Arbeiterforderungen einzutreten. Demnach ist bei der in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlung des Gesamtetats mit diesen Absichten durch die 3 Antiparteien zu rechnen.

Sindenburg reist
Am Donnerstag traf Generalleutnant Sindenburg in Potsdam ein. Er reiste, wie berichtet wird, in einem Salonwagen, in dem sich zwei Eisenbahnbeamte befanden. Auf dem Bahnhof wurde er von zwei höheren Eisenbahnbeamten empfangen. Er selbst war in Generaluniform. Es wäre möglich, zu erfahren, wer diese eisenbahnmäßigen Begleitungs- und Empfangsfeierlichkeiten veranlaßt hat.

Oberschlesien
Breslau, 23. Juni. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wurden Beamte der Abtunungsbehörde in Wismutig von Polen aus Mord angegriffen. Diese brangen bis zum ebangeltischen Kirchhof vor. Die Abtunungsbehörde verteidigte sich. Von den angegriffenen Polen wurden vier getötet, außerdem ein unbeschädigter Arbeiter. Die Abtunungsbehörde hatte keine Verluste. Morgen vormittag trifft eine von Wrieg kommende Bundeswehrschaft Schutzpolizei in Rosenberg ein.
Berlin, 23. Juni. Das Reichskabinett hat gestern den von den Parteien und dem polnischen Reichskabinett abgehandelten Anleihevertrag über Oberschlesien angenommen. Der Vertrag ist sofort dem Reichstag vorgelegt, der ihn in einer der nächsten Sitzungen behandeln wird.

Briefkasten der Redaktion.

N. 90. Ab 1. Oktober betrug die Invalidenbeihilfe für Invaliden monatlich 3000 M, für Witwen 2100 M, für Waisen 1200 M. Ab 1. April beträgt sie 4800 M für Invaliden, 3300 M für Witwen und 2000 M für Waisen. Vom Tage der Antragstellung wird jedoch nicht länger als wie ein Vierteljahr rückwärts die Rente nachgezahlt.
N. 91. Sie können hier dieses Amtsgericht einen Zahlungsbefehl wider den Schuldner lösen. Kommt er der Zahlungsaufforderung nicht nach und erhebt er auch keinen Einspruch, so wird das Amtsgericht auf Ihren Antrag pfändbares Urteil erlassen. Die Schuld ist am Lohn pfändbar, die Kosten fallen dem Schuldner zur Last. Vorauszahlung für dies alles ist jedoch, daß, wenn der Schuldner nicht über Vermögen verfügt, er wenigstens einen lohnenden Erwerb hat.

Schreibleitung Georg Schöpfung. Verantwortlich für Briefkasten: Briefkastenleiter und Letzte Nachrichten Hermann Kober für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gesellschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Pfeiffer für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.
N. 92. Die Zeitung „Vereinsanzeiger“ Nr. 7 — die Zeitung Nr. 20 die Zeitung „Vereinsanzeiger“ Nr. 7 — die Zeitung (Vergleichungsgegenstand finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme).
Karlsruhe, Arb. Nachfahrer- und „Soldatentag“. Garzente fest findet am 30. Juni statt.
Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 24. Juni, abends 9 Uhr, wichtige Parteiverammlung im „Röhle“. Der Vorstand.
Karlsruhe-Rhinheim. (Soz. Partei.) Die Parteigenossen mit Familienangehörigen werden ersucht, der freundl. Einladung des hies. „Gefangenens“, „Sängerbund“ zu ihrem am Sonntag, den 25. ds. Mts., nachm., stattfindenden Sommer-Waldfest mit Musik, Gesang, sowie sonstiger Unterhaltung, zahlreich Folge leisten zu wollen.
Karlsruhe. (Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.) Morgen, Sonntag vormittag 10 Uhr in der „Krone“, Amalienstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Brauereien und vom Verband in Dresden.

Plankvuch & Co.
Solange Vorrat
Limburger Käse
1/4 Pf. 9.
Markt 9.

8750 M.
eigen mit. 4181
Schlafzimmer
mit Schublade und Spiegel; eigen gewichte Schlafzimmer, ganzes Häuschen, Schreibtisch, Waschkommode, Sofa, eigener Sauberecken-Kasten, Küchenschrank, sehr preiswert abgegeben.
Krämer
Kaiserstraße 69
Eingang Waldhorst.

Kinderwagen
wesh an Privat abzugeben
Schillerstraße 21, 2. St.
Kinderliegewagen
zu verkaufen. 4173
Goethestraße 25, bart.
Von Versailles bis London
von Dr. Emil Kraus, Heidelberg
Drei Jahre deutscher Außenpolitik
Ansichtskarten
Briefpapiere
in guter Auswahl.
Polnische Buchhandlung
Karlsruhe
Widderstr. 16, Tel. 3701.

Durlacher Anzeigen.
Wochenmarktgebühren!
Für Benutzung des Wochenmarktes wird gemäß Bürgerausschussbeschluss vom 2. Mai 1922 mit Staatsgenehmigung vom 30. Mai 1922 folgendes Pflanzgeld erhoben:
1. a) bei Aufstellung von Äpfeln, Säden, Pfählen und dergl., sowie für Anlagen auf dem Boden bis zu einer Höhe von 1 Meter für einen Platz bis zu 1 qm Gebüh. 1.— Mfr. für jeden angelegenen weiteren qm 1.— Mfr.
b) für den Platz zur Aufstellung eines Handkarrens, wenn bis zu 1 qm. 1.— Mfr. Platz beansprucht wird wenn mehr als 1 qm Platz beansprucht wird 2.— Mfr.
c) für den Platz eines 1-pännigen Wagens 5.— Mfr.
d) für den Platz eines 2-pännigen Wagens 10.— Mfr.
e) für den Platz einer Person, welche Waren anbietet, ohne auf dem Boden etwas anzuhäufeln oder auszuliegen 1.— Mfr.
2. Die Gebühren für Monatskarten betragen:
für 1 qm Platz 7.— Mfr.
für 2 qm Platz 14.— Mfr.
für 3 qm Platz 20.— Mfr.
Durlach, den 17. Juni 1922.
Der Bürgermeister.

Möbelhaus Maier Weinheimer

KARLSRUHE

nur Kronenstraße 32

Besichtigung gerne gestattet.

Auf Strasse und Hausnummer achten.

Deckbetten
Kissen

Beste Qualitäten verbunden mit größter Preiswürdigkeit.

Deckbett mit Halbdauen und Federfüllung
1850.- 1950.- bis 925.-

Deckbett m. Daunenfüllung
1850.- 1750.- bis 1550.-

Kissen mit Halbdauen und Federfüllung
675.- 490.- 390.- bis 275.-

Buchdahl
KARLSRUHE
Kaiserstraße 164, Nähe Post.

Strafensperre.

Wegen Verletzung von Bauarbeiten muß der Verkehr auf folgenden Straßen für den Zeitraum aller Art von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr gesperrt werden:

1. Kreisstraße Nr. 13 von der Durlacher Allee bis Rintheim, (km 0,0 bis 1,0) vom 26. Juni bis 6. Juli 1922.
2. Kreisstraße Nr. 19 von Karlsruhe nach Grünwintel (Zepfelinstraße) vom 4. bis 13. Juli 1922.

Verhinderungen des Arbeitsvollzugs um mehrere Tage können erforderlich werden.

Karlsruhe, den 19. Juni 1922. D. J. 80.
Bor. Baufachamt. — Baufachdirektion 1184

Wasserpreise.

Anfolge der wesentlichen Kohlenpreiserhöhungen im letzten Vierteljahr mußten die Wasserpreise auch entsprechend erhöht werden. Derselben betragen:

Für das im II. Vierteljahr 1922 durch Wasser-messer geteilte Wasser Mk. 1.90 für den cbm, für das im III. Vierteljahr 1922 nach Schätzung geteilte Wasser für 100 Ml. Steuerpreis Mk. 2.— jährlich. 1183

Karlsruhe, den 20. Juni 1922.
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Pferdemarkt Karlsruhe

Jeden letzten Mittwoch im Monat in der Gottesauer Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-plätze. Gedeckte Reitbahn.

Karlsruhe, den 23. Juni 1922.
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Kenner rauchen

WAVEN

-Pfeifen

Erika
-sch
-Broyère

Ueberseekoffer
Coupekoffer
Reisetaschen
Rucksäcke

Kofferhaus
Geschw. Lämle
51 Kronen- 51
strasse

Chaiselongues 1250.- Mk.

Sprungfedermatratzen eigener Konstruktion.

Reparieren und umändern von Patentrösten aller Art. 4161

Matratzengeschäft G. Hartkorn
Gottesauerstr. 30. Gottesauerstr. 20.

Bauarbeiter-Genossenschaft

Selbsthilfe

Ausführung von Reparaturen in Maurer-, Verputz-, Dachdecker-, Zimmer-, Steinhauser- und Plattenarbeiten.

Billigste Preise

Auskunft: Wilhelmstr. 47 II. Telefon 5200.

Gemeinnütz. Park-Siedelungs-Gesellschaft „Eigenhandbau“ e. G. m. b. H. Karlsruhe.

Bilanz auf 31. Mai 1922.

Genehmigt in der Hauptversammlung am 17. Juni 1922.

Vermögen.	Verpflichtungen.
Fertige Häuser 900 283,57 Im Bau befindliche Häuser 806 744,15 Bauforderungen 1 022 750,50 Geräte und Werkzeuge 86 514,45 Kassenbestand u. Bankguthaben 47 548,23 Rückständige Zahlungen der Mitglieder 117 640,— 4 304 181,20	Geschäftsanteile der Mitglieder 344 800,— Sparguthaben der Mitglieder 49 720,— Rücklagen (Eintrittsgelder der Mitglieder und Heberzinsen) 11 223,85 Wert d. Eigenhandarbeit 219 911,— Baudarlehen d. Stadt 1 941 000,— Hypothekenschulden 50 000,— Laufende Schulden 424 226,35 4 304 181,20

Mitglieder-Bewegung.

Zahl der bis 31. Mai 1922 eingetretene Mitglieder 472
 31. Mai 1922 ausgetretene 130

Stand am 31. Mai 1922 342 mit 1724 Geschäftsanteilen

Betrag der Kassenkasse am 31. Mai 1922 = Mk. 344 800,—.

Der Vorstand.
 E. Bauer, A. Bogt, Kay Böllner, R. Häftele, J. Ballmer.

Öffentliche Versteigerung

gegen Darzahlung. Handbäder vom vierten Vierteljahr 1922 und unangehörige Güter, darunter 1 Waschklosetto, 1 Photographenapparat, 1 Kaffeemaschine, 1 Paar Schneehufe, 1 Robel-schiffchen, 1 Steingeschirr, 1 Zylinder- und Korbentwurf, 1 Ringe u. Brillen, am Dienstag, den 27. Juni l. J., vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, im Versteigerungs-Raum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Hauptbahnhof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an angeboten. Karlsruhe, 20. Juni 1922. Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion. 1179

Geübte Näherinnen

für Wasch- und Wäsche-funktion gesucht.

Wohnung bis 4 Uhr nachmittags. Eitlingerstraße 12, gegenüber der Gärerei Feing. 4177

Feuerwerkskörper

Lampion, Vereinslofe empfiehlt für alle Gelegenheiten

Pakuy G. m. b. H.
Kaiserstr. 14a. Telefon 5755.

Holzbildhauer

thätige Kräfte für Qualitätsarbeit in großen Betrieben bei sehr guten Bedingungen für sofortige Beförderung. Wohnungsverhältnisse vorhanden. 11828

Vereinigte Werke Ludwigsburg
Geisstraße 37. Telefon 965-67.

Frauen erwacht!

Haltet Euch vor „welsen Frauen“! Lest nach vergeblichen Versuchen mit nutzlosen und wertlosen „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rossen über die „Verhütung der Empfängnis“. (Titel-angabe hier nicht gestattet). Es befreit Euch von Sorgen! Preis Mk. 20.— Nachnahme, Porto extra. Nachverlag Elsner, Stuttgart, Schloßstr. 57 B.

Gummireifen

prima Qualität (Dieselben werden aufgestellt nach bestem Verstand) sowie Ersatzräder, Speichen, etc. empfiehlt für Kinderwagen

R. Brändt, Kreuzstr. 7
Post, Ecke Kaiserstr. 4101

Die beste Wanzen-Vernichtung.

Um vielseitigen Wünsche zu entsprechen, habe ich mich entschlossen, auch meine A. S. Vergasungs-Apparate an milder-behandelte, zuverlässige Leute zur Selbst-anwendung gegen eine Gebühr von Mk. 20.— nebst ausführlicher Gebrauchsanweisung auszuliehen und die erforderlichen Materialien billigst abzugeben. Ich garantiere, daß jedermann bei vorschriftsmäßiger Anwendung sämtliche Wanzen, selbst in den tiefsten Ritzen etc., beim Wiederöffnen der Räume tot vorfinden wird und von der großen Plage befreit ist. Auch Übernahme der vollkommensten Vergasung der ver-zwanzten Räume nach wie vor unter Garantie für tadellose Arbeit und besten Erfolg.

D. U. G. U. Anton Springer
nur Eitlingerstraße 51, Telefon 2340.

Baden-Baden.

Gewährung von Baudarlehen

Nachstehend bringen wir die vom Stadtrat beschlossenen Grundzüge für die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen zur Förderung der Privatbau-tätigkeit in der Stadt Baden zur öffentlichen Kenntnis.

Grundzüge für die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen zur Förderung der Privatbau-tätigkeit in der Stadt Baden.

1. Zur Förderung der Privatbau-tätigkeit in der Stadt Baden gewährt die Stadtgemeinde un-berzinsliche Baudarlehen unter den Be-dingungen wie sie für die Gewährung von Bau-darlehen vorgeschrieben sind. Vor der Dar-lehensgewährung muß der Antragsteller einwandfrei nachweisen, daß er selbst oder durch dritte Personen die ungedeckten Kosten zu tragen vermag und daß die planmäßige Ausführung des Bauvorhabens ge-sichert ist.
2. Darlehen werden gewährt für Neu- und Umbauten, inwieweit durch dieselben der Wohnungs-markt der Stadt Baden verbessert wird.
3. Voraussetzung für die Gewährung von Gemein-de-darlehen für Neubauten ist ferner, daß auch Landes-darlehen gegeben werden; bei Umbauten kann stattdessen bis zum Betrage von 1/2, der durch Ertrags-wert und Landesbaudarlehen nicht gedeckten Bau-kosten. Die Höhe des Darlehens richtet sich im Uebrigen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Bauherrn. Für über 70 bezw. ausnahmsweise (bei Hindereissen Familien) 80 qm hinausgehende Wohnflächen hat der Bauherr den gesamten Aufwand selbst zu tragen.
4. Kleinere Beträge von in der Regel nicht über Mk. 25 000 können für jede neu dem Wohnungsmarkt durch Neu- oder Umbau zugeführte Wohnung ohne Befristung auf die in Ziffer 3 genannte Wohn-fläche als b e r e c h t i g t e K a s s e n l a n d e s d a r l e h e n in-sofar nicht gleichzeitig Baudarlehen gewährt sind oder beantragt werden. Die Erfüllung der Verpflichtung, die Wohnung während der Dauer der Wohnungs-not dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen, auch durch den Rechtsnachfolger ist in der von der Stadt-gemeinde im Einzelfall zu bedingenden Weise sicher-zustellen.
5. Die Vergütung aller mit Baudarlehen über-berorenen Zuschüssen erledigten Wohnungen unter-liegt für die Dauer der Wohnungsnot der Gemein-dung des Wohnungsamtes.
6. Anträge auf Bewilligung von Baudarlehen und verlorenen Zuschüssen sind, ehe sie unter Be-zugnahme des vorgeschriebenen Formulars, unter Be-zugnahme von Plänen in doppelter Fertigung, dem Stadt-Wohnungsamt einzureichen. Bevor die Bewilligung der beantragten Darlehen oder Zuschüsse ent-scheidet von Fall zu Fall der Stadtrat.
7. Auf bereits angeführte und in Ausführung begriffene Bauten finden die Grundzüge keine An-wendung.

Wohnungsamt.

Brof und Mehl.

Für die Zeit vom 26. Juni 1922 bis 2. Juli 1922 auf die Karte 3.
 Für die Zeit vom 19. Juni bis 26. Juni 1922 war die Karte 2 aufgerufen. 1190

Lebensmittelamt.

Städtische Schauspiele Baden-Baden

Schauspiele der Wiener Operettenkompanie.

Direktor Emil Heller, Augsburgerstraße, Sonntag, den 26. 7 1/2 Uhr: Ebermannsdorf. Der Kluge Holländer; musikalische Leitung General-direktor Hans Knabertschulz. Dienstag, den 27. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Mittwoch, den 28. 7 1/2 Uhr: Der Heide Bauer. Donnerstag, den 29. 7 1/2 Uhr: Die Jovane Helena. Donnerstag, den 29. 8 Uhr: Gaißpitz Gustab Jatsch; Heiterer Vortragabend. Freitag, den 30. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Samstag, den 1. Juli, 7 1/2 Uhr: Der letzte Kaiser. Sonntag, den 2. 7 1/2 Uhr: Der Heide Bauer. 1191

Kirchfen-Versteigerung

am Montag, den 26. Juni, abends 1/2 8 Uhr, an der Hauptstraße.

Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 10. Juli 1922, abends 8 1/2 Uhr, findet im hinteren Zelle des großen Eidenhofes hier eine

Ausschuß-Sitzung

Rat, wozu die gewählten Vertreter höflich eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1921
2. Satzungsänderungen;
3. Bericht des Ausschusses.

Rechnungsabluß und Vorlage zu Punkt 2 wird den Vertretern mit einer besonderen Einladung noch zugehellt. 1187

Karatt, den 22. Juni 1922.
 Der Vorstands-Vorsitzende:
 Johann Brenner.

Rastatter Anzeigen.

Einladung.

Die Mitglieder des Bürgerausschusses wer-den zu einer Sitzung am

Mittwoch, den 28. Juni 1922,
 nachmittags 6 Uhr,

in den großen Rathsaal eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vergütungsteuerordnung.
2. Erhöhung der Gebühren für das Bestattungs-wesen.
3. Satzungen für die Real-schule.
4. Gemeindefragen über die Bestellung eines ge-meinlich beschließenden Ausschusses.
5. Bericht des Hauses Blumenstraße Nr. 11 an den Schlichter-Verband Friedrich Heindl.
6. Kreditberichterstattung bei der Herstellung der Einbahnstraße.
7. Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom.
8. Erhöhung des Feuerungszuschlags zu den Ge-hältern der Beamten und Angestellten.
9. Dienstbesoldung des Gemeindevorstandes.
10. Erhöhung der Jahresvergütung für den Orts-baukontrolleur.
11. Regelung der Besoldung der Feld- und Waldwä-ter.
12. Gemeindefragen über die Tagelöhner und die Rekruteneinstellung der Mitglieder des Ge-meinderats und der Gemeindebeamten.
13. Regelung der Besoldung des Bürgermeister-Stellvertreter.
14. Festsetzung eines Leuzungsausschusses zum Ehren-geld der Gemeindevorstände.
15. Aufwandsentschädigung für die Stelle des Bürger-meisters.

Karatt, den 23. Juni 1922.
 Das Bürgermeisteramt.
 Renner. 1189

Bruchsaler Anzeigen.

Karten-Ausgabe

am Montag, den 26. Juni 1922, vormittags von 8 bis 12 Uhr, an die Buchstaben A bis einschließlich C, nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Buchstaben D bis einschli. G.

Bruchsal, den 22. Juni 1922. 1188

Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
 Kartenausgabestelle.

Offenburger Anzeigen.

Städt. Kirchfen-Versteigerungen.

Samstag, den 24. Juni, nachm. 2 Uhr, Zusammen-kunft beim Friedhof.

Montag, den 26. Juni nachm. 3 Uhr, Zusammen-kunft beim Schutterlocher- und Hofmeisterstraße.

Offenbura, den 15. Juni 1922. 1186

Stadtrat.

Arbeiter! Werbet für den

Vorstand!

Kragen-wäscherei Schorpp

Liefert: Herren-Stärkewäsche, Herren-Leibwäsche

Annahme-Stellen:

Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstraße 34 u. 243, Gerwigstraße 30, Amalienstraße 15

Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastr. 13, Schillerstraße 18, Kaiserallee 37

Gabelsbergerstraße 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 16. 1187

„... gewiß, aber Quieta

ist besser
und durch seine
Ausgiebigkeit
billiger!

**Quieta mit 10,25 u. 40%
-Bohnenkaffee-**

Badisches Landestheater.
Samstag, den 24. Juni, 6 u. n. 10 Uhr. Mk. 35.—
Abonnement G 8. Th.-Gem. B. V. B. alles
über 3500 1180

Peer Gynt.
Sonntag, den 25. Juni, 5 bis 10 Uhr. Mk. 60.—
Die Meistersinger von Nürnberg.

**Arbeiter-Frauen- u. Mädchenchor
Karlsruhe.**
Sonntag, den 25. d. M., Anfang 4 Uhr,
findet im Saale der „Festhalle“
Familien-Unterhaltung
mit Tanz statt, wozu wir die verehrten Mitglieder
und besonders geladenen Gäste zu zahlreichem Besuch
freundlich einladen.
Der Vorstand.

Verein der Rheinpfälzer
Im Sonntag, den 25. Juni 1922,
nachmittags 3 Uhr, findet im Kaiser-
garten in der Kaiserstraße hier unser dies-
jähriges Gartenfest
Pälzer Volksfest
statt. Wir laden hierzu unsere Mitglieder,
Freunde und Gönner, sowie sämtliche Bands-
mannschaften ergebenst ein und bitten um
zahlreiche Beteiligung.
Der Vorsitzende: A. Kaiser.
Bei ungünstigem Wetter findet die Ver-
anstaltung am Sonntag den 2. Juli
1922 statt.

**Ausgestülpte
Frauenhaare**
kauft, konkurrenzlos hoch.
Bretl. Edgar Zeder, Haar-
handlung, Kaiserstraße 32.

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30 — Telefon 5111.
Ab Samstag, den 24. Juni bis einschl.
Dienstag, den 27. Juni
Das 4166
Panzergeschoss
(Ein kompliziertes Vermächtnis)
6 Akte.
Film-Banditen
Film-Parasiten in 4 Akten.

Anzüge, Hosen
ledig., Raucher- und
Streich-, Schuhwaren
aller Art billig abzugeb.
bei Kretzsch, Offenweir-
straße 32, II. 4132

C. C. Suevia
Gegr. 1908.
Sonntag, 25. ds. Mts.
Tanz-Unterhaltung
in Mähburg, Gasthaus
„Riedl“. Beginn 4 Uhr
nachmittags. Freunde und
Gönner der Gesellschaft sind
herz. eingeladen. 4172
Der Vorstand.

**Reise- u. Hand-Koffer
Damen - Taschen
Besuchs-Taschen
Aktenmappen etc.**

B. Klotter Nachf.
Spezialgeschäft 4146
für Reiseartikel und Lederwaren
Kronenstr. 25 Karlsruhe i. B. Tel. 2618

Sozialdemokrat. Verein Karlsruhe
Am Mittwoch, den 28. Juni 1922, abends 8 Uhr,
im „Elefanten“, Kaiserstraße 42
Haupt-Versammlung
Tagesordnung:
1. Volkswirtschaftliche Fragen der
Gegenwart. Referent: Genosse Dr. Kull-
mann, Landtagsabgeordneter u. Stadtrat.
2. Wahl der Mitglieder des Kreisvor-
standes.
Hierzu sind die Genossinnen und Genossen mit
der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlich ein-
geladen. 4176 Der Vorstand.

Günstiges Angebot!
Regenmäntel, etwas fehlerhaft
K. 275
Tuch- und Cheviotmäntel von K. 575 an
Alpacamäntel für starke Frauen
Flotte Waschkleider von K. 225 an
Flotte Faltenböden 75 -
Wachblusen 75 -
Strickjacken, Jumper, Prinzessböden,
Unterböden, Regenschirme
Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Tr.
Da keine Ladenspesen besonders billige
Preise. 4142

ALUMINIUM
Kochtöpfe
in großer Auswahl
nur Qualitätsware
stets zu den
billigsten Tagespreisen
Nürnberger, Karlsruhe
Aluminium-Spezialgeschäft
Waldstr. 26, neben Resti.

STADTGARTEN
Samstag, den 24. Juni 1922, abends 8 Uhr:
Johannis-Feier
Doppel-Konzert, (Musikverein Karls-
ruhe und Musikverein Harmonie).
Bei Einbruch der Dunkelheit: **Brillant-Feuerwerk**
(Feuerwerkstechniker W. Fischer, C. C. e. r. n. n.).
Anschließend: **Johannisfeuer auf dem See u. bengal.**
Beleuchtung der Anlagen. — Eintrittspreise: 5 u.
8 Mk. Näheres Plakatanzeige (auch Vorverkauf). Zu-
kunft: Zu beiden Seiten der Festhalle, ferner bis zum
Einbruch der Dunkelheit am Südeingang gegenüber
dem Hauptbahnhof und beim Verwaltungsgebäude des
Gartenamts an der Eitlingerstraße. — Belegen von
Plätzen ohne Erlaubnis verboten. — Bei schlechtem
Wetter: Sonntag, den 25. und falls dort wieder un-
günstig, Donnerstag, den 29. Juni. 1193

FESTHALLE
Dienstag, den 27. Juni, abends von 7/8-10 Uhr
Großer bunter Operetten- u. Tanz-Abend
Mitwirkende: Opernsänger Franz Schwerdt vom Bad.
Landestheater in Karlsruhe, Opernsängerin Elisabeth Fried-
rich von der Staatsoper in Dresden, Opernsängerin Lotte
Lange-Bake, Karlsruhe, Olga Mertens-Leger, I. Solotänzerin
am Bad. Landestheater. Am Flügel: Musikdirektor Gg Hof-
mann am Bad. Landestheater. Orchester: Harmoniekapelle.
Von 7/10 bis 1 Uhr abends im Stadtgarten:
STADTGARTEN FEST — „Eine Nacht in Venedig“
Illumination des Gartens, des Sees und der Boote. Gleich-
zeitig **Tanz im kleinen Festhallsaal.** Tanzleitung: Hof-
balletmeister a. D. Richard Allegri. — Konzert- und Ball-
Orchester: Harmoniekapelle. Um 10 1/2 Uhr abends: **Auf-
führungen mit Scheinwerferbeleuchtung auf dem See:**
„Tänze und Spiele der Nixen und Najaden“ — Das Ballet-
chor des Bad. Landestheaters unter Leitung von Frau Olga
Mertens-Leger, I. Solotänzerin.
Eintrittspreise: 25 Mk. und 15 Mk. für Operetten-Abend,
Tanz und Gartenfest, für Gartenfest allein 10 und 7 Mk.
(Tanzzuschlag für Nichtteilnehmer am Operetten-Abend 6 Mk.)
— Kartenvorverkauf ab Freitag: Verkehrsverein u. Zigarren-
haus Pfeiffer (Marktplatz). Näheres siehe Plakatanzeige.
— Bei schlechtem Wetter: Operetten- und Tanzabend in
der Festhalle, anschließend Tanz im kleinen und grossen
Festhallsaal, Gartenfest ausfallend. — Festhalleöffnung:
6 1/2 Uhr. Belegen von Plätzen ohne Erlaubnis verboten.
Nachschluss der Veranstaltungen Strassenbahnverbindungen
nach allen Richtungen.

Am 3. Juli beginnen neue
**Handelskurse Tages- oder
Abendunterricht**
für sämtliche kaufmännische Fächer:
Stenographie, Maschinenschreiben,
Schönschreiben, Buchführung, kauf-
männ. Rechnen, Korrespondenz, Ver-
mögensverwaltung, Steuergesetze usw.
Freihandelskammer und Nichtkammerkassale
Merkur Dipl. - Handelslehrer
Dr. Döll 4142
Karlsruhe, Karlstr. 18
nächst dem Moninger, Telefon 2018.

Alle
Farben, Lacke
gebrauchsfertig, 2005
für Anstriche aller Art,
empfehlen **Farbenhaus**
Waldstrasse 15 b. Colosseum

Kleider, Schuhe
Wäsche, Federbetten,
Zepplische, Verjaßte, eine
z. z. kauft zu den höchsten
Preisen. **S. Kretzsch**,
Offenweirstraße 32. 4132

**Eigene
Schlafzimmer,
nur gute
Schreinerware**
mit 180 cm Br. Spiegel-
schrank u. weissem Marmor,
komplett, sehr billig ab-
zugeben. 4097
Ebenfalls auch eigenes
Schlafzimmer mit aus-
gezeichnetem billig.
E. Schweitzer
Spezialvertrieb,
Lagerverkauf, Amalienstr. 1

Union-Theater
Das überall mit dem größten Beifall
aufgenommene Filmwerk
**Das Haus ohne Tür
und Fenster.**
Nach dem gleichnamigen Ullstein-
roman der bekannt. Schriftstellerin
Thea von Harbou.
So ein Teufelchen.
Lustspiel in drei Akten. 4178

Palast-Theater
Herrenstrasse
Ab heute!
Das grösste Meisterwerk der
Gegenwart:
Der grosse Erfolg in der
Staatsoper in Berlin:
**Hanneles
Himmelfahrt**
Nach der gleichnamigen Traum-
dichtung von
Gerhart Hauptmann
in 6 Akten. 4165
Regie: **Urban Gad.**
In der Hauptrolle:
Margarete Schlegel
als „Hannele“.
Hanneles Himmelfahrt
ist das einzige Filmwerk, welches
in der Deutschen Staatsoper
zu Berlin mit kolossalem Erfolg
zur Vorführung gelangte.
Jugendliche haben während
dieser Auführungen Zutritt.
Vorführungsdauer ca. 2 Stunden.

Eine größere Anzahl jüngerer 4779
Arbeiterinnen
für unsere Obföhrenerei für sofort gesucht.
Sinner A.-G. R'ruhe-Grünwinkel.

Spezialität:
Familien- und Vereins-
gruppen, Ehrenfesten.
Atelier
Rausch & Pester
Karlsruhe
Erbprinzenstraße 3

**Sommer-
Pferdedecken**
in großer Auswahl.
Lagerbesuch für
Jedermann lohnend.

Arthur Baer
Kaiserstr. 133, 4180
eine Treppe hoch,
Eingang Kreuzstraße.
Druckmaschinen aller Art
lieferd
Vogelstr. 24, 4180

**Wein-, Sekt- und Bordeaux-
Flaschen**
in größeren Quantitäten,
kauft zu höchsten Preisen 4049
Jakob Schneller
Rohprodukte
Durlacherstraße 34. — Telefon 1597

Ausstellung:
Lacke Kaiser- u.
Douglasstraße
Hauptpost

Möbelhaus Karrer Gebrüder
Hauptgeschäft:
Mähburg
Philippstraße 19
Strassenbahnhaltestelle